

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Grenz- und Grenzgebiet, Dänemark, Estland, Litauen, Lettland, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Quartal.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Schilke und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einpfeilige Anzeigenzeile 70 Pfennig, Anzeigenzeile 4 Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des letzten Heftes 20 Pfennig (außer am letzten Heft). Jedes weitere Wort 10 Pfennig. Streifen für das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 102-205  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 12. März 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vollstreckkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der D. Post-Verwaltung, Postfach 10000

Nicht Jarres, sondern Gehler?  
Bürgerblock unter schwarzrotgoldener Flagge?

In dem Ausschuss der Rechtsparteien, der unter dem Vorsitz des Herrn v. Coebell den Präsidentschaftskandidaten der Rechten nominieren soll, und der gestern morgen die Vertreter des Zentrums und der Demokraten zugezogen hat, ist eine Verhandlungsmasche ausgebrochen. Herr Jarres, der ursprünglich erkorene und fast schon offiziell nominierter Kandidat dieses Ausschusses, ist nicht nominiert worden. Sein Name ist vielmehr im Laufe des gestrigen Tages stärker in den Hintergrund getreten, als er für das Ansehen und die Werbekraft eines Präsidentschaftskandidaten zuträglich sein mag. An Stelle seiner Kandidatur wurden andere erstaufliegende Projekte erörtert, in einem abwechslungsreichen Durcheinander, das einem Fimregisseur Ehre gemacht haben würde.

Dies ist in großen Zügen der Sachverhalt: Der Parteivorstand der Zentrumspartei trat gestern mit dem Reichsausschuss des Zentrums zusammen. Er hatte sich bereits grundsätzlich für die Kandidatur Marx entschieden, und Herr Marx sollte bereits die Annahme der Kandidatur erklärt haben. In diesem Stadium wurde bekannt, daß in den Beratungen des Coebell'schen Ausschusses, an denen die Abgeordneten Koch und Erkelenz von den Demokraten und der Abgeordnete v. Guérard vom Zentrum teilgenommen hatten, die Möglichkeit einer Einigung aller bürgerlichen Parteien auf die Kandidatur Dr. Gehler ausgehandelt sei. Nun folgten die Nachrichten in kurzer Reihenfolge aufeinander: das Zentrum hat seine Beratungen wieder aufgenommen und beschloffen, die Kandidatur Gehler abzulehnen. Die Demokraten haben inzwischen begonnen, sich für Gehler zu erwärmen. Herr Stresemann hat Herrn Fehrenbach kommen lassen und ihm erklärt, eine Kandidatur Gehler sei aus außenpolitischen Gründen unmöglich und unerträglich. Neue Beratungen des Zentrums, die am Abend zu dem Beschluß führten, die Entscheidung auf heute zu verlagern. Um die Verwirrung zu vergrößern, erklärten zu allem Ueberfluß am Abend die Völkischen, daß sie für den Fall, daß Herr Gehler als Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien nominiert werden sollte, eine Sonderkandidatur aufstellen würden.

Die Deffenlichkeit hat mit einiger Verblüffung das kaleidoskopartige Durcheinander dieser Verhandlungen am gestrigen Tage verfolgt. Schließlich wird es nicht viele Leute geben, die sich am Abend in diesem Durcheinander noch auskennen und die zu sagen wußten, welches nun eigentlich die letzte Phase dieser Verhandlungen sei. Herr Jarres war doch halb und halb bereits nominiert, wenn er auch vom Jungdeutschen Orden protestiert worden war. Seine Freunde von der Deutschen Volkspartei hatten ihn schon ganz offiziell auf den Schild gehoben. Es wurde bereits versichert, daß er die Kandidatur angenommen habe. Nun kam es plötzlich ganz anders. Man hat bei diesen Verhandlungen offenbar sehr wenig, zu wenig von ihm geredet. Man hat ihn einseitig in die Ecke gestellt. Ob es möglich ist, einen so einseitigen beiseitegestellten Präsidentschaftskandidaten bei neu eintretendem Bedarf wieder hervorzuholen, ist eine andere Frage, die die Herren von der Rechten untereinander und die Herr Jarres mit sich ausmachen muß. Uns erscheint es für einen Präsidentschaftskandidaten nicht gerade würdig, nach Art eines Besessenen behandelt zu werden.

Man wird nach den Vorgängen des gestrigen Tages nicht anders sagen können, als daß im Coebell-Ausschuss eine Masche, eine Verhandlungsmasche ausgebrochen sei. Aber schließlich hatte diese Masche einen bestimmten Zweck. Herr Jarres muß für die beteiligten Parteien und Organisationen ein sehr ungewisser Kandidat gewesen sein. Wozu diese Verhandlungsmasche, wenn sie nicht gerade dem Zweck dienen soll, von der Kandidatur des Herrn Jarres herunterzukommen. Los von Jarres — das war offenbar der Gedanke, der die Herren in den verschiedenen Stadien der Verhandlungen — kennt sie noch auseinander — besetzte. Los von Jarres um jeden Preis! Die Herren, die die Verhandlungen führten, haben krampfhaft nach einem Ersatz für Herrn Jarres gesucht, und sie waren bereit, jeden anderen für ihn zu nehmen, selbst Herrn Gehler, der doch schließlich ein Demokrat ist. Es ist doch wahrhaftig nicht zu lange her, daß für die Deutschnationalen die Demokraten fast noch schlimmer waren als die Sozialdemokraten!

Die Verhandlungsmasche des Coebell-Ausschusses hat aber auch noch einen zweiten Zweck: Sammlung des Bürgerturns aller Parteien gegen die Sozialdemokratie, Herstellung einer einheitlichen Front gegen die Partei des arbeitenden Volkes aus allen Schichten der Bevölkerung — das ist der politische Sinn der Versuche und Verhandlungen, die gestern geführt worden sind. Die Rechtsparteien haben sich nach

Kräften bemüht, die Demokraten und das Zentrum zu sich herüberzuziehen und in die Einheitsfront einzureihen.

Sammlung gegen die Sozialdemokratie, das ist der einzige Gedanke, den die Rechtsparteien jetzt noch haben. Sammlung, Sammlung, ganz gleich wie sie aussieht. Um der Sammlung gegen die Sozialdemokratie willen vergessen sie alles sonst, ihre heiligsten Schwüre wie ihre höchsten Symbole. Irren wir uns nicht, so hat Herr Gehler noch vor wenigen Wochen gegen Ende des Reichstagswahlkampfes sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die Republik und für Schwarz-Rot-Gold eingesetzt und ist der schmuckvollen Verleumdungstaktik der Deutschnationalen gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert entgegengetreten. Die Herren vom Coebell-Ausschuss einschließlich der Deutschnationalen, sind bereit, das alles zu vergessen. Bisher sind sie sogar bereit, für Gehler zu werben und stimmen, wenn er im Wahlseldzuge ein starkes Bekenntnis zur Republik und zu Schwarz-Rot-Gold ablegen sollte. Sammlung, Sammlung, dahinter tritt alles zurück. Schwarz-Weiß-Rot ist nichts, die Sammlung gegen die Sozialdemokratie alles.

Wie haben sich die Rechtsparteien unehrlicher und unwürdiger gezeigt, als im Durcheinander dieser Verhandlungen am gestrigen Tage. Aus so unwürdigen Nachschüssen kann kein würdiger Repräsentant des deutschen Volkes hervorgehen. Wo sollte der Mann, der auf diese Weise zum Präsidentschaftskandidaten einer bürgerlichen Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie erkoren würde, die Autorität hernehmen, die der Präsident der Deutschen Republik nach innen wie nach außen besitzen muß?

Der Sammlungsversuch.

Der Coebell-Ausschuss hat gestern mit Demokraten und Zentrum verhandelt. Er hat die Kandidatur Jarres zurückgestellt, um eine Sammelkandidatur aller bürgerlichen Parteien zu ermöglichen. An Stelle von Jarres wurde der Reichswehrminister Dr. Gehler vorgeschlagen. Mit Ausnahme des Zentrums waren gestern abend die bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokraten über diese Kandidatur einig. Heute gehen die Verhandlungen weiter, das Zentrum fällt seine Entscheidung.

Um den Bürgerblock zustande zu bringen, wollen die Rechtsparteien einen schwarzrotgoldenen Kandidaten hinnehmen. Sie riskieren es, den schwierigen Komplex der Reichswehrfragen durch die Auswahl der Person ihres Kandidaten in den Kreis der Auseinandersetzungen zu ziehen.

Diese Verhandlungen müssen mit einer großen Entscheidung enden. Sollen sie zum Bürgerblock unter schwarzrotgoldener Flagge führen?

Wir veröffentlichen in folgendem die Meldungen über die einzelnen Phasen der Verhandlungen.

Austausch der Kandidatur Gehler.

3 Uhr nachmittags.  
Wie die Telegraphen-Union aus Zentrumskreisen erfährt, ist der Parteivorstand der Zentrumspartei, der mit dem Reichsausschuss zusammen tagte, heute mittag zu einer gesonderten Sitzung zusammengetreten, um über die Lage zu beraten, die für die Partei nach dem Bericht des Abgeordneten von Guérard über die Verhandlungen mit dem Wahlvorbereitungsausschuss, an denen für die Demokraten auch die Abgeordneten Koch und Erkelenz teilgenommen haben, gegeben ist. Wie verlautet, ist dabei die Möglichkeit aufgetaucht, daß bei einem Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien die bisher im Wahlausschuss vertretenen Parteien und Organisationen die Kandidatur Jarres zurückstellen würden, wenn auf einen anderen Namen eine Einigung zu erzielen sei.

In diesem Zusammenhang teilt der Name Dr. Gehler stark in den Vordergrund, und er spielt auch bei den Verhandlungen des Zentrums eine erhebliche Rolle, da Dr. Gehler ausübender Katholik ist und politisch auf einer mittleren und zusammenschließenden Linie steht. Da der Wahlausschuss um 5 Uhr wieder zusammengetreten und über die Antwort der Demokraten und des Zentrums beraten wird, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß eine Entscheidung dicht bevorsteht.

Erste Ablehnung des Zentrums.

5,30 Uhr nachmittags.  
Die Beratungen des Zentrumsparteivorstandes und Ausschusses über die Frage einer Sammelkandidatur dauerten bis gegen 5 Uhr. Der Vertreter der Zentrumspartei begab sich daraufhin zum Wahlvorbereitungsausschuss im Reichsbürgerrat, um ihm die Antwort zu überbringen, daß das Zentrum dem Gedanken einer Sammelkandidatur zwar sympathisch gegenüberstehe, daß aber die beiden bisher im Vordergrund stehenden Namen Jarres und Gehler für die Partei nicht tragbar seien.

Entscheidende Frage an das Zentrum wegen Dr. Gehler

6,30 Uhr nachmittags.  
Wenige Minuten nach 6 Uhr ging der Ausschuss zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl (Coebell-Ausschuss) für kurze

Beschluß des Eisenbahnerverbandes.

Bereit zur Verständigung — entschlossen zum Kampf.

Die Situation im großen Ringen zwischen den Eisenbahnern und der Reichsbahnerverwaltung ist toternt. Auf der Konferenz der Vertrauensleute der freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner, die am Mittwoch im Berliner Gewerkschaftshaus stattfand, trat eine Entschlossenheit zutage, die auf den kühnsten Beobachter geradezu erschütternd wirken mußte. Unter den Eisenbahnern herrscht heute vielfach Verzweiflungstimmung; viele, denen das Messer des Abbaus an der Kehle sitzt, oder die von den Rahmungsfragen und der überlangen Arbeitszeit körperlich und seelisch mitgenommen sind, sagen voll Groll und Erbitterung: wenn schon, denn schon!

Auf dem Reichsarbeitsminister lastet eine Verantwortung, so schwer wie noch nie. In seiner Hand liegt von dem Augenblick an, wo die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium beginnen, die Ruhe des Reiches. Wird der Reichsarbeitsminister jetzt zeigen, daß er auch in der neuen Reichsregierung stark genug ist, den Weg der Verständigung und eines Entgegenkommens zu gehen? Oder wird er sich von jener gefährlichen Ueberschaulichkeit, die an Verbrehen und Torheit grenzt, anstecken lassen, die da meint, man müsse den Eisenbahnern mit „gepanzelter Faust“ in die Parade fahren? Die Eisenbahner wissen sehr genau, was manche Leute, vor allem die Schamacher hinter der Reichsbahnerverwaltung, im Schilde führen.

Der Kampf der Eisenbahner um ihr Lebensrecht, um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, steht jetzt vor einem kritischen Augenblick. In den nächsten 24 Stunden wird es sich entscheiden, ob der Weg der Verständigung, der Weg einer sozialen Lösung

der Streitfrage, beschritten wird oder ob ein Streik auf Biegen und Brechen die Deutsche Reichsbahn erschüttert. Vor den unerbittlichen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am Donnerstag sind die Vertrauensleute des Deutschen Eisenbahnerverbandes im Berliner Gewerkschaftshaus noch einmal zusammengetreten. Das Ergebnis ihrer Beratungen ergibt sich aus der folgenden Erklärung:

Erklärung des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Der Verbandsbeirat des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat nach Kenntnisnahme des Vorstandsberichts zur gegenwärtigen Lage Stellung genommen und die Haltung der Verhandlungskommission gebilligt. Er stellt fest, daß die Verhandlungen nur an drei unangenehm provokatorischen Haltung der Reichsbahnerverwaltung gescheitert sind, Verbandsbeirat und Vorstand sprechen den im Kampf stehenden Kollegen ihre volle Sympathie aus und erklären:

Die Forderungen auf allgemeine Lohnerhöhung ab 1. März und Verkürzung der Arbeitszeit werden aufrecht erhalten. Bei einer weiter ablehnenden Haltung der Reichsbahnerverwaltung ist eine Verbreiterung der Kampfbasis vorzunehmen. Dem Vorstand wird dazu jede Vollmacht erteilt. Der Vorstand wird beauftragt, die vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Schlichtungsverhandlungen wahrzunehmen, um eine Verständigung auf der Basis unserer Forderungen zu erzielen.

Der Verbandsbeirat des Deutschen Eisenbahnerverbandes bleibt für Donnerstag, den 12. März, noch in Berlin beisammen, um das Resultat der Besprechungen im Reichsarbeitsministerium abzuwarten.

Zeit aneinander. Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, haben sich alle bisher in diesem Ausschuss vertretenen Parteien mit der Demokratischen Partei auf eine gemeinsame bürgerliche Sammelkandidatur Dr. Gehler geeinigt und der Zentrumsführer v. Guérard ist vom Ausschuss beauftragt worden, diese Tatsache dem zur Zeit tagenden Reichsparteiausschuss der Zentrumspartei umgehend mitzuteilen und dem Wunsch des Voebell-Ausschusses zu überbringen, daß auch das Zentrum, die einer Kandidatur Gehler in seinen Reihen entgegenstehenden Bedenken zurückstellen und der Sammelkandidatur zustimmen möchte.

Inbesondere hat der Führer der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Reich, Herrn v. Guérard eindringlichst darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, eine einheitliche Kandidatur aufzustellen. Auch die übrigen dort vertretenen Parteien wiesen auf die schwere Verantwortung hin, die ein gegenwärtiger Entschluß des Zentrums der Zentrumspartei auferlegen würde. Man erwartet, daß der Voebell-Ausschuss um 7 Uhr erneut zusammentritt, um die sofort herbeizuführende Antwort des Zentrums entgegenzunehmen.

### Die Demokraten für Gehler.

Die Vertreter der Demokratischen Partei haben, wie die „Telegraphen-Union“ hört, sich mit einer Kandidatur Gehler einverstanden erklärt. Der demokratische Parteiausschuss tritt heute nachmittags zusammen, ebenso der Reichstagsausschuss der Deutschen Volkspartei.

### Vertagung der Entscheidung.

7.30 Uhr abends.

Da die Beratungen des Reichsausschusses der Zentrumspartei über die Kandidatur Gehler um 7 Uhr abends noch nicht beendet waren und vom Zentrum um Ausschub der Entscheidung gebeten wurde, hat der Voebell-Ausschuss beschlossen, die endgültige Entscheidung auf Donnerstag zu vertagen.

Der Reichsparteiausschuss des Zentrums brach am Abend gegen 1/2 8 Uhr seine Sitzung ab, ohne zu einer Entscheidung über die Reichspräsidentenwahl gelangt zu sein. Die Beratungen werden morgen (Donnerstag) fortgesetzt.

### Jarres wieder aus der Ecke geholt.

11 Uhr abends.

Wie die „Telegraphen-Union“ von maßgebender Stelle des vorbereitenden Ausschusses für die Reichspräsidentenwahl erfährt, trifft die heute abend im Reichstag verbreitete Nachricht nicht zu, wonach Reichswehrminister Dr. Gehler von dem Ausschuss dem Zentrum nominiert sei. Wohl hat der Ausschuss erklärt, daß er bereit sei, über eine Sammelkandidatur der bürgerlichen Parteien weiter zu verhandeln. Der einzige offizielle Vorschlag des Ausschusses ist aber Herr Dr. Jarres, so daß die Nachricht über Herrn Dr. Gehler zum mindesten den Tatsachen voraussetzt. Die endgültige Entscheidung über die Kandidatur ist erst für Donnerstag zu erwarten, wenn das Zentrum und der Wahlausschuss erneut Stellung genommen haben.

### Strefemann dementiert.

Ein Berliner Morgenblatt bringt die Nachricht, daß Reichsaußenminister Dr. Strefemann Unterhändler des Zentrums erklärt habe, daß nach seiner Überzeugung eine Präsidentschaft Gehler außenpolitisch untragbar sei, da man sie als die Proklamierung einer verhaltenen Militärdiktatur ansehen würde. — Wie die „Telegraphen-Union“ hierzu von zuständiger Stelle erfährt, ist diese Nachricht unrichtig. In Wirklichkeit hat Dr. Strefemann dem Abg. Seydewitz auf seine Frage, wie er als Außenminister zu einer Kandidatur Gehler stünde, nur geantwortet, daß sie bei der bekannten Einstellung des Auslandes sicherlich Verdächtigungen ausgeht sein würde.

Die Begrüßungsreden für den Reichspräsidenten. In der Presse wurden zum Teil phantastische Angaben über die Höhe der durch das Ableben des Reichspräsidenten Ebert dem Reich erwachsenen Kosten gemacht. So hat der Nationalsozialist Kaiser im Bundtag die Summe von 3 Millionen Mark genannt. Demgegenüber erfahren wir von unparteiischer Seite, daß nach dem Vorschlag diese Kosten insgesamt etwa 200 000 Mark betragen dürften.

## Geist und Maschine.

### Konzertumschau von Karl Singer.

Vor acht Tagen wurde an dieser Stelle die Phantasie- und Gemütslosigkeit der Berliner Konzertmaschine getadelt. Kein Künstler stellte sich auf die Kammertroupe um den Tod des Reichspräsidenten ein. Sonnabend und Montag jedoch wurden wir in der staatlich-akademischen Hochschule für Musik bei dem Konzert des Hauschors von einer weichen Improvisation überrascht. Stehend hörte man den Trauermarsch aus dem händelischen Oratorium „Samson“, eindrucksvoll gespielt vom Hochschulorchester unter Leitung von Siegfried Dohs, an. Ein würdiger Auftakt eines würdigen Konzerts, das biblische Szenen, Chorwerke und Kantaten von Heinrich Schütz und Johann Sebastian Bach brachte. Nachdem Dohs seine propagandistische Tätigkeit jahrzehntelang in Worten von Bach und Handel entfaltet hat, ist er jetzt mehrfach mit Werken von Heinrich Schütz, dem größten Vorkämpfer Bachs, hervorgetreten. Die vorgeführten Werke gaben einen glänzenden Einblick in die musikalische Welt dieses Meisters, sowohl bezüglich des Reichtums seiner Formen, als seiner dramatischen Kraft, die oftmals geradezu den oratorischen Stil zu durchbrechen scheint. Die Polyphonie ist noch nicht so großartig wie bei Bach, aber die chorische Wucht und die epische Ausbreitung der Stimmungen erinnert in reichstem Maße an Händel. Eine fromme Kainität zieht durch die Dialoge, während die großen dreichörigen geistlichen Konzerte außerordentlich den geistlichen Effekt betonen. Für sich betrachtet, ist Heinrich Schütz, der die erste deutsche Oper geschrieben hat, ein Genie. Er kann nur verbleiben, wenn unmittelbar auf sein Werk das Werk Bachs folgt. Die beiden Kantaten 78 und 85, die erste eine reine Solofantasie, die zweite mit einem in seiner Chromatik fast modernen, in der Ueberwölbung durch einen Sopranchor mächtig ergreifenden Chor, zeigte wieder so recht, welchen unerhörten Schatz an ewiger Musik Dohs durch seine Bach-Einführungen geboten hat. Eine inbrünstigere Krie als die der ersten Kantate, „Seht, was die Liebe tut“, gibt es nicht, braucht es nicht zu geben. Georg Walter sang sie unter Ueberwindung jeder körperlichen Hemmung, vollendet im Still und Ausdrud. Die übrigen Solisten, Eva Bruhn, Frieda Cornelius, Sidney Bieden, konnten bei allem guten Willen bis in die vom Dirigenten, Chor und Tenor vorgezeichneten Höhen resp. Tiefen der Stimmung nicht gelangen. Außerst tapfer hielt sich das Orchester der Hochschule.

Rit. Bach begann auch Furtwängler sein 9. Konzert. Zwei Chorovertspiele in der Bearbeitung von Arnold Schönberg wirkten ergreifend. Das konnte nur dadurch erreicht werden, daß ein Meister der Instrumentation im Stile Bachs blieb und dennoch die Ausdruckskraft und den Farbenreichtum moderner Instrumentengruppen als stimmungsfördernde Momente einzuführen verstand. Besonders die zweite Kantate „Schmüde dich, o liebe Seele“, die dem Solocello die alte Krügerische Melodie gibt, ließ uns im Werk eine Steigerung des reinen Orgelklanges empfinden. Am gleichen Abend spielte sich Walter Fischer im Dom für zwei andere bedeutende Choromponenten, Regner und Reizner, ein. Er tat das mit der bei ihm gewohnten Sorgfalt und Eindringlichkeit des Spiels, wobei er den feierlichen Gesang Wilhelm Guttman's zu geistlichen

## Die betrogenen Sparrer.

### Dr. Best von den Deutschnationalen im Stiche gelassen.

Die verschiedenen Vorstöße der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Aufwertungsfrage und die gewaltige Erregung unter den Sparrern über das Verhalten der Deutschnationalen haben jetzt endlich den Abg. Dr. Best veranlaßt, seinen Gesehentwurf über die Aufwertung im Reichstag einzubringen. Es ist jedoch bezeichnend, daß der Antrag nicht von der deutschnationalen Fraktion, sondern von Dr. Best persönlich eingereicht worden ist. Er trägt deshalb auch nicht die Unterschrift irgendeines Vorstandsmitgliedes der Deutschnationalen. Ebenso wenig hat ihn irgendein Großindustrieller oder Agrarier aus der deutschnationalen Fraktion unterschrieben. Damit ist sein Schicksal, soweit die deutschnationale Fraktion in Frage kommt, von vornherein entschieden.

Der deutschnationale Fraktion ist durch die Vortagung dieses Antrages einige Verlegenheit bereitet worden. Das zeigte sich besonders deutlich, als Genosse Reil zu Beginn der gestrigen Reichstagsfraktion zur Tagesordnung beantragte, daß der Best'sche Gesehentwurf nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen ist. Sofort entstand große Beunruhigung bei den Rechtsparteien, insbesondere bei den Deutschnationalen, die sich erst dann legte, als sie merkten, daß keine Debatte über diesen Antrag gewünscht, sondern nur seine Ueberweisung an den Aufwertungsausschuss gefordert wurde.

So wurde auch beschlossen, wodurch die Möglichkeit geschaffen worden ist, den Best'schen Gesehentwurf gründlich zu beraten und einen Druck auf die Reichsregierung zur Förderung der Aufwertungsbestimmungen auszuüben.

## Wrisberg und der „Vorwärts“.

### Generalsrede.

Der General a. D. v. Wrisberg, der im ersten Magdeburger Prozeß unter seinem Jugennamen erklärte, er habe während des Krieges überhaupt keine sozialdemokratischen Zeitungen gelesen, sondern sich nur über sie berichten lassen, hat gestern in Magdeburg sein sachverständiges Urteil über die Haltung des „Vorwärts“ im Krieg abgegeben. Wir sind, wenn Herr General v. Wrisberg es wünscht, gern bereit, uns mit ihm näher darüber zu unterhalten, wer es von uns beiden war, der im Krieg aus eigenem Willen seine Haut zu Markte getragen hat, der General v. Wrisberg oder die Redakteure des „Vorwärts“. Allerdings hat der „Vorwärts“ im Krieg keine Generalpolitik gemacht, sondern im Interesse einer wahren Landesverteidigung vor kindlichen Erörterungsplänen gewarnt und zu einem rechtzeitigen Friedensschluß gemacht. Wenn er sich dadurch den Hoch von Boulen zugezogen hat, deren Gehirn kein Funken politischen Verstandes erleuchtet, so wird er das gerne tragen, er wird ihnen aber nicht gestatten, die geschichtliche Wahrheit so dreist zu entstellen, wie es Herr v. Wrisberg gestern in Magdeburg getan hat.

## „Gutachten“ der Bochumer Handelskammer.

### Wie Barmat-Material fabriziert wird.

In der Frage der Rechtsprelle gegen die Sozialdemokratie hat bisher ein sogenanntes „Gutachten“ der Bochumer Handelskammer aus dem Jahre 1919 eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Aus diesem Gutachten sollte hervorgehen, daß die Barmats schon im September 1919 als ganz minderwertige Schwinnbelle bekannt waren, nichtsdestoweniger aber von führenden Sozialdemokraten, namentlich vom verstorbenen Reichspräsidenten Ebert in ganz unglaublicher Weise bevorzugt worden seien.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages hat nun die Akten der Bochumer Handelskammer über diese Angelegenheit herbeigezogen. Aus diesem ergibt sich ein Sachverhalt, den man für einen unwahrscheinlichen Intrigenroman halten müßte, wenn er nicht Punkt für Punkt attemmäßig feststände.

Bei der Bochumer Handelskammer ging am 23. September 1919 ein vom 22. September datiertes anonymes Schreiben ein, das Schmähungen und Verdächtigungen über die Firma Barmat sowie sozialdemokratische Persönlichkeiten, den Reichspräsidenten insbesondere, enthielt. In einer gleichfalls anonymen Beistiftung gibt am Schluß dieses Schreibens ein unbekannter Sachbearbeiter den Rat, dieses Schreiben „ohne Verbindlichkeit für uns“ an alle Gemeindevorstellungen, Lebensmittelgroßhändler, Einkaufsvereinigungen usw. zu versenden.

Unglaublicherweise befolgt die Bochumer Handelskammer diesen Rat und versendet dieses Schreiben, das sie im späteren Verlauf selber immer wieder als ihr anonym zugegangen bezeichnet, in vervielfältigter laut attestkundiger Liste an nicht weniger als 23 Stellen. Auch einigen Zeitungen geht das Schreiben zu. Vorkligerweise lehnt die Handelskammer bei der Verschickung jede Verbindlichkeit für den Inhalt ab. Das hindert aber nicht Blätter vom Schlosse der „Deutschen Tageszeitung“ nunmehr mit Barmat in großer Aufmachung das „Gutachten der Bochumer Handelskammer“ mit entsprechenden Bemerkungen zu veröffentlichen. Im Gegenzug dazu muß gesagt werden, daß die „Königliche Zeitung“ der Handelskammer mitteilt, daß sie mit diesem anonymen Schreiben nichts anfangen könne und weitere Unterlagen von der Handelskammer erbittet — aber natürlich nicht erhält.

Als die Firma Barmat (Amegima) von diesen Veröffentlichungen erfährt, fragt sie durch Schreiben vom 10. Oktober bei der Bochumer Handelskammer an, ob diese die zivil- und strafrechtliche Verantwortung für das sogenannte Gutachten übernehme. Auf dieses Schreiben antwortet die Handelskammer mit der haupt nicht, und zwar, wie sie selber in einem bei den Akten befindlichen Brief angibt, mit Absicht nicht.

Dagegen läßt es die Handelskammer weiterhin von allen möglichen Blättern als ihr, der Handelskammer Gutachten, weiblich ausgeplagiat wird.

Interessant ist noch, daß im Januar 1925, als das „Gutachten“ nach der Verhaftung der Barmats von neuem in die Öffentlichkeit gelangt, ein in Berlin, Magdeburger Straße 24 wohnender Justizrat Dr. Forckel sich in drei dringenden Briefen an die Handelskammer wendet, um von ihr das in dem „Gutachten“ angebotene Material gegen den Reichspräsidenten Ebert zu bekommen.

Somit der Sachverhalt, der kaum eines Kommentars bedarf. Im Untersuchungsausschuss mußte selbst der parteiliche Vorsitzende, Professor Leidig, das Vorgehen der Handelskammer als sehr außergewöhnlich bezeichnen. — In der Tat: Jeder anständige Mensch wird anonyme Schreiben mit Berachtung in den Papierkorb. Eine Handelskammer, die solche anonymen Ergüsse amtlich vervielfältigt und verbreitet, dürfte ein einzig dastehender Fall „ehrbarer Kaufmannschaft“ sein. Aber vielleicht wird der Sachverhalt erklärlicher, wenn man erfährt, daß Gutachter der Bochumer Handelskammer damals ein Herr war, der gegen die Firma Barmat mehrere Zivil- und Privatklagen wegen geschäftlicher Differenzen angestrengt hatte. Ob sich nun aber eine amtliche Stelle einmal mit der Frage beschäftigt, wie eine Handelskammer — immerhin eine öffentlich-rechtliche Körperschaft — ihre Hand dazu bieten konnte, daß eine anonyme Substanz in der Öffentlichkeit jahrelang als „Gutachten der Handelskammer“ figurierte?

## Maßregelung in der KPD.

Frankfurt a. M., 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Zentrale der KPD hat vier, also die Hälfte der Frankfurter Stadtverordneten der KPD, den Befehl zur Niederlegung ihrer Mandate gegeben. Diese „Schwermetalle“ waren bei der kurzen Ansprache des Stadtverordnetenvorstehers in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung anlässlich des Todes des Reichspräsidenten Ebert mit der übrigen Stadtverordnetenversammlung aufgestanden! Die anderen vier Mitglieder waren bei dieser Sitzung abwesend bis auf einen, der kurz vor der Rede hinausging.

Die KPD-Zentrale hat recht! Wer sich benimmt, wie es unanständigen Menschen üblich ist, gehört eben nicht in die KPD!

von einer kraulichen Anmut und Delikatesse. Zuweilen wünschte man einen leisen Zuchtwang von Härte und Kraft im Anschlag, die Grazie aber und die vollendete Anschlagswaune, mit der sie Reinkunst von Raff und Salonkunst von Chopin mischert, haben diese musikalische Frau immer wieder aus dem Gros der Virtuosen und Scheinvirtuosen angenehm heraus.

## Meine Kandidatur.

Ich wollt', ich wär' ein Kandidat,  
Dann wär' ich mit im Rennen,  
Im großen Rennen um den Staat  
Würd' man auch mich jetzt „nennen“.

Als Außenleiter, ganz apart  
Dief' ich um Würd' und Bürde,  
Ich glaub', ich käme gut vom Start  
Und nähme manche Hürde.

Ich ließe als ein Leichtgewicht,  
Ganz blind, wie einst Tobias,  
Vielleicht stünd' dann im Rennbericht:  
„Gemaht hat's Jeremias!“

Doch käme ich auch nicht ans Ziel,  
So könnt' ich doch verbleiben:  
Im sportpolitischen Zeitungsstil  
Stünd' ich bei „Ferner lieten . . .“

Messieurs, Mesdames, der „Run“ beginnt,  
Ich frage: Wählt mich keiner?  
Wo sind die Kandidaten sind —  
Warum denn nicht noch einer?

Ob rechts, ob links, mir ist's egal,  
Ich laufe schlimmsten Falles  
Linksradikal, rechtsradikal,  
Und ich verspreche alles.

Und bleib' ich wirklich auf der Streck',  
So war ich doch ein Zählmann,  
Ich trint' nen Kognak auf den Schred'  
Und rufe: „Präsident, Thälmann!“

Jeremias.

Ein russisches Naturkühnheit. Um das Kühlen des schon überaus heißen gewordenen Bierens zu verhindern, hat die Sowjetregierung beschlossen, im nächsten Kantale ein Gebiet von etwa 600 000 Morgen als Schutzgebiet zu erklären. In diesem Gebiet darf keinerlei Feld- und Waldarbeit verrichtet werden. Die vorhandenen Steinbrüche werden stillgelegt. Selbst das Weiden von Vieh ist im Bereich des Schutzgebietes verboten.

Amundsen Nordpolflug. Dienstag wurden in Livorno an den norwegischen Fährer Raga die beiden Flugzeuge verladen, mit denen Amundsen im Sommer seinen Nordpolflug unternehmen wird. Amundsen wird vom Leutnant Oskar Rindal begleitet sein, der den Pressebericht erklärt, diesmal sei alles sorgfältig vorbereitet. Die beiden Flugzeuge würden für den Hin- und Rückflug zum Pol nicht mehr als 24 Stunden brauchen.

## Der Dritte im Bunde.

Wirtschaftsminister Dr. Neuhaus, die Agrarzölle und die Ausschaltung des Parlaments.

Die Herren Schiele und Schlieben, der deutsch-nationale Innenminister und der deutsch-nationale Finanzminister, haben die Ausschaltung des Reichstages bis nach der Präsidentenwahl geplant. Sie haben eine Art Ermächtigungsgesetz vorbereitet, mit dessen Hilfe sie während der Vertagung des Reichstages die deutsch-nationalen Pläne auf dem Verordnungsweg durchzuführen wollten. In dieser Absicht ist der dritte deutsch-nationale Minister im Reichskabinett, Herr Dr. Neuhaus, der Wirtschaftsminister, stark beteiligt. Das Ermächtigungsgesetz, das Herr Schiele dem Reichsrat vorgelegt hatte, sollte ihm die Möglichkeit geben, die Zollvorlage zum Gesetz zu machen, ohne daß vor dem Plenum des Reichstages eine Auseinandersetzung über seine speziellen Pläne möglich wäre.

Bei der Absicht, die Herr Dr. Neuhaus verfolgt, handelt es sich nicht nur darum, die sogenannte kleine Vorlage, die der Reichswirtschaftsrat verabschiedet hat, zum Gesetz werden zu lassen. Diese sogenannte kleine Zollvorlage enthält Zölle, die die Landwirtschaft interessieren, nur in nebensächlichen Positionen, dagegen keine Getreide- und keine Fleischzölle. Herr Dr. Neuhaus, der deutsch-nationale Wirtschaftsminister, sieht seine Aufgabe darin, diese kleine Zollvorlage zu benutzen, um die agrarischen Hochschutzzollpläne durchzuführen. Er schreckt nicht davor zurück, bei der Vertagung der agrarischen Pläne die Industrie vor den Kopf zu stoßen. Er hat bisher die kleine Zollvorlage zurückgehalten und den gesetzgebenden Körperschaften nicht zugeleitet, weil er sie verbunden wissen will mit einer Ermächtigung für die Regierung, die Agrarzölle bis zur Höhe des autonomen Zolltarifs einzuführen. Er benutzt die Zurückhaltung der kleinen Zollvorlage als Druckmittel gegenüber den industriellen Kreisen, um von ihnen Zugeständnisse in der Frage der Agrarzölle zu verlangen.

Die Industrie hat ein lebhaftes Interesse daran, daß der kleine Zolltarif verabschiedet wird, da die Situation in den Handelsvertragsverhandlungen die Verabschiedung dieses Entwurfs erfordert. Sie erblickt in den Plänen des deutsch-nationalen Wirtschaftsministers Dr. Neuhaus eine Gefährdung der Verabschiedung der kleinen Zollvorlage im Parlament, damit zugleich eine Gefährdung der Handelsvertragsverhandlungen und eine Schädigung ihrer Interessen. Herr Dr. Neuhaus weiß das sehr wohl. Es ist gerade seine Absicht, die Zwangslage, in der sich die Industrie in gewissem Sinne befindet, auszunutzen, um die Kreise der Industrie zum Nachgeben gegenüber den agrarischen Plänen zu zwingen. Er hat deshalb die Vorlage des kleinen Zollgesetzes verzögert. Das heißt, daß er um der agrarischen Pläne der Deutsch-nationalen willen dies Gesetz, und in gewissem Sinne damit auch den Abschluß der Handelsverträge sabotiert hat.

Seine Hoffnung war nun, daß er während der von den deutsch-nationalen Ministern beabsichtigten zweimonatigen Vertagung des Reichstags diese Vorlage in Verbindung mit der Ermächtigung für die Regierung zur Einführung der Agrarzölle auf dem Verordnungsweg durchzuführen könnte. Auf diese Weise wollte er den parlamentarischen Schwierigkeiten, die die Kreise der Industrie wohl einschätzen verstanden, aus dem Wege gehen und der Industrie die Zustimmung zu seinen agrarischen Plänen erleichtern.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus betreibt also Interessentenpolitik in der schlimmsten Form. Die Pläne der deutsch-nationalen Minister, den Reichstag auszuschalten, sind gefährlicher. Das Ermächtigungsgesetz, das Herr Schiele dem Reichsrat vorlegte, werden sie vom Reichstag nicht erhalten. Damit sind auch die überschuldenen Pläne des Herrn Neuhaus zu Wasser geworden.

Wird er nun endlich die kleine Zollvorlage dem Reichstage vorlegen, und zwar nicht in Verbindung mit einem Ermächtigungsgesetz zur Einführung von Agrarzöllen für die Regierung? Er wird es auf die Dauer nicht vermeiden können. Für diesen Fall muß er sich mit seinen politischen Freunden darauf geeicht machen, daß seine Pläne in der Öffentlichkeit mit der größten Schärfe durchleuchtet und kritisiert werden.

Der deutsch-nationale Dr. Neuhaus hat sich mit diesen Plänen als befähigter Vorkämpfer der agrarischen Interessen geeicht. Schließlich sind aber die Funktionen eines deutschen Reichswirtschaftsministers etwas anderer Art als die Funktionen eines Landbundpolitikers.

### Die „Kreuz-Zeitung“ bestätigt.

Während ersichtlicherweise der größte Teil der Presse der Regierung dabei behilflich ist, die Zollabsichten des Reichstages zu verheimlichen, finden wir in der „Kreuz-Zeitung“ eine wenn auch etwas eigenartige Bestätigung unserer Mitteilungen. Dieses Blatt der Deutsch-nationalen bezeichnet nämlich unsere Darstellung als eine Indiskretion und behauptet, wir hätten uns die Informationen aus einem Ministerium verschafft. Also sind sie wohl richtig. Die „Kreuz-Zeitung“ schätzt uns jedoch zu gering ein, wenn sie glaubt, daß wir unsere Informationen bei amtlichen Stellen beziehen müssen, die der Leitung eines Neuhaus oder Ranitz unterstehen. In dem vorliegenden Falle trifft es bestimmt nicht zu — was wir im Interesse der von dem deutsch-nationalen Organ verdächtigen Beamten ausdrücklich feststellen möchten. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ im Anschluß an ihre irrixe Annahme die Forderung knüpft, man sollte die Verwertung noch weiter von November großen, die dem „Vorwärts“ solches Material zugänglich machen, läubern, so beweist das nur, daß sie vor hallöser Verleumdung forttretter Beamter nicht zurückschreckt, wenn es ihr in den Kram paßt.

Im übrigen kann sie sich durch ihre Berichterstatter im Barmat-Ausschuß und ähnlichen Körperschaften darüber vergewissern, wie reaktionäre Beamte mit amtlichem Material umgehen. Sie wird dann hoffentlich auch den Mut zu der Forderung finden, den Beamtenapparat von gewissen „kaiserlichen“ Größen zu reinigen.

## Das Schicksal der Deutschen Werke.

Teilweise Uebernahme auf den bayerischen Staat?

München, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Von der beabsichtigten Stilllegung der Deutschen Werke A. G. werden in Bayern rund 2300 Arbeiter und Angestellte betroffen. Davon kommen auf das Werk München 500, auf Ingolstadt über 1200 und auf Amberg 500. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat in einem Dringlichkeitsantrag die bayerische Regierung ersucht, bei der Reichsregierung sofort mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die bayerischen Betriebe der Deutschen Werke A. G. vor dem Zugriff privater Interessen geschützt werden und weiterhin dafür zu sorgen, daß die genannten

Werke als bayerische Staatsbetriebe aufrechterhalten und weitergeführt werden. Wie man hört, wird die bayerische Regierung in diesem letzteren Sinne tätig sein.

## Deutsch-nationale Geschäftspolitiker.

Ein neuer Untersuchungsausschuß.

Das politische Geschäft, das die Deutsch-nationalen aus den von ihnen so sorgfältig gepflegten Finanzskandalen machen wollen, besteht bekanntlich darin, daß sie behaupten, eine Verknüpfung von Politik und Geschäft sei nur in der Republik und bei Republikanern möglich. Ergeben die Untersuchungen der parlamentarischen Ausschüsse etwas anderes, so sucht man frampfhast über derzeit fatale Feststellungen mit jadenheimigen Ausflüchten oder mit dem einfachen Rezept des Latschweigens hinwegzukommen. Die Affäre Rehring ist ihnen bereits höchst peinlich. Noch peinlicher aber dürften ihnen die Mitteilungen sein, die jetzt im Zusammenhang mit Kreditwürdigkeiten der Firma Paul Schmidt u. Co. vom Sozialdemokratischen Pressedienst gemacht werden. Die preußische sozialdemokratische Landtagsfraktion hat auf Grund der Anschuldigungen, die hier vorliegen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe der notwendigsten Tatsachen, die diesem Antrage zugrunde liegen. Wir folgen dabei der Darstellung des „Soz. Pressedienstes“.

Herr Paul Schmidt, Berlin, Mansfeldstraße 11, war früher Annoncenaukäufer der „Kreuz-Zeitung“ und erhielt bei seinem Ausscheiden von dem Geschäftsführer, dem deutsch-nationalen Abgeordneten Grafen Westarp, ein glänzendes Zeugnis. Darin wird der Charakter und die Energie Schmidts gelobt. Schmidt war es zu verdanken, daß die „Kreuz-Zeitung“ Pflichtblatt an der Zulassungsstelle der Berliner Börse geworden ist. Er hat es also verstanden, Börsengelder in das Geschäft der sonst wirklich nicht überlegenden „Kreuz-Zeitung“ zu leiten.

Herr Paul Schmidt hat nun bei verschiedenen öffentlichen Institutionen, u. a. bei der Preussischen Staatsbank, bei der Wirtschaftsbank in Bielefeld und bei der Kreisbank in Lübbecke Kredite aufgenommen, die ohne die besondere Empfehlung des Grafen Westarp kaum möglich gewesen wären. Die Kredite der Lübbecke Kasse laufen auf den Kärner-Verlag G. m. b. H., einer Gesellschaft ohne eigene Geschäftsräume, dem Herausgeber des Mittelungsblattes des Hauptvereins der Deutschkonservativen. Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Paul Schmidt, deren Inhaber sind Graf Seydlitz-Sandorsky und Graf Westarp. Als die Kredite, die bei der Preussischen Staatsbank waren, fällig wurden, suchte sich Herr Paul Schmidt Kreditmöglichkeiten bei der Brandenburgischen Girozentrale zu eröffnen. Das schlug fehl. Die Wechsel wurden schließlich protestiert, da keine Deckung vorhanden war. Gegenüber den Gläubigern, die ihn bedrängten, soll er angegeben haben, daß er die ihm geliehenen Gelder an den früheren Hofmarschall des Kaisers, Grafen Platen-Hallermund, an den Prinzen Oskar von Preußen, an den Generalmajor v. Sierten und an einen Herrn Buchfink weitergeleitet habe. Die Staatsbank, die auf die Eintreibung der Gelder drang, soll dann zunächst eine Regelung gesucht haben, an der Henri Barmat beteiligt werden sollte. Dieser soll seine Mitwirkung abgelehnt haben. Später sind die Kredite von anderer Seite übernommen worden.

Von Interesse ist auch, daß eine Reihe von Adelspersonen — ein Herr v. Brockhausen, ein Herr v. Schröder und der bekannte Deutsch-nationale Herr v. Kries — bei der Schorlach-Bank im Jahre 1923 ein Konto unterhielten, wobei erwähnt werden mag, daß für Herrn v. Kries ein Auftrag zum Verkauf von Dollars gegeben wurde in der Zeit, als die Inflation sich ihrem Höhepunkt näherte. In dem Schreiben, in dem diese Tatsache enthalten ist, ist davon die Rede, daß die Bank von ihren Freunden gute politische Informationen erhalten habe. ... Dem Aufsichtsrat der Schorlach-Bank gehörten damals Erzherzog Öppert, Herr v. Miquel und Herr Kieckfeld, der Schwager Stresemanns, an.

Zuletzt fragt der Pressedienst, ob es zutrefte, daß ein deutsch-nationaler Reichstagsabgeordneter am 10. März 1920 für einen großen Lebensmittelpreisvertrag eine Provision von 1½ Millionen Goldmark erhalten hat. Der Vertrag wurde, wie wir ergänzend bemerken möchten, trotz schwerwiegender Bedenken im Interesse der Landwirtschaft vom Reichswirtschaftsministerium genehmigt, bald darauf auch von der Kapp-Regierung. Der Mann, der diese Provision beansprucht und bezogen hat, ist kein Gelehrter als der bekannte Landbundführer, der inzwischen verstorbenen Edle von Beaun.

Somit das Material. Es unterliegt jetzt der öffentlichen und parlamentarischen Kritik und Untersuchung, die wahrscheinlich reifliche Klarheit in einigen noch nicht vollkommen geklärten Punkten schaffen wird. Es ergibt sich jedenfalls schon jetzt, daß das große moralische Pathos, mit dem die Deutsch-nationalen ihre Skandalitis betreiben, innerlich recht hohl ist. Wir möchten im übrigen der Untersuchung nicht vorgreifen.

## Der Schlesische Reichsbannerprozeß.

Eine zusammenbrechende Anklage.

Breslau, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite und dritte Verhandlungstag im Prozeß gegen das Striegauer Reichsbanner brachten die Beendigung des Verhörs der Angeklagten und die Vernehmung der ersten Belastungszeugen. Eine Anzahl der weiteren Angeklagten war überhaupt während der Schlichterei nicht auf der Strafe oder hat den angeblichen Landfriedensbruch nur von fern gesehen. Ein Angeklagter bezeugt, daß er von dem hauptbeschuldigten Reichsbannerführer Müller ausdrücklich ermahnt worden war, sich in keiner Weise provozieren zu lassen. Ein anderer Angeklagter ist von mehreren Stahlhelmlenten so lange geschlagen worden, bis er betinnungslos zusammenbrach. Trotzdem soll er Landfriedensbruch begangen haben, während die gewalttätigen Stahlhelmlente nicht auf der Anklagebank Platz zu nehmen brauchen.

Der Hauptbelastungszeuge ist der rechtsstehende Polizeinspektor Lehmann, dessen eigenartiges Verhalten an dem Tag des Zusammenstoßes bereits Anlaß zu einem Disziplinarverfahren gab, in dem er verurteilt freigesprochen wurde, jedoch noch einem Revisionsverfahren entgegensteht. Er gibt hauptsächlich Stillschrei wieder, wonach das Reichsbanner beschossen hätte, den Stahlhelm von drei Seiten anzugreifen, was angesichts der geringen Zahl von Reichsbannerleuten gegen die etwa zwanzigfache Ueberlegenheit der Stahlhelmer überaus fahrlässig wirkt.

Weitere Zeugenaussagen werden vom Staatsanwalt offensichtlich zu dem Hauptzweck veranlaßt, um den sozialdemokratischen Landrat von Striegau, Genossen Daubenhäuser, zu belasten, dem der „Berliner Lokal-Anzeiger“ in seiner von einem Sensationsjournalisten geleiteten Berichterstattung bereits nachsagt, daß er die Schupo nicht herangezogen habe, während der sozialdemokratische Landrat den Nachweis führen kann, daß er den Antrag rechtzeitig gestellt hat.

Ein Stahlhelm-Angestellter, der zunächst vernommen wurde, sagte aus, daß etwa 800 Reichsbannerleute 3000 Stahlhelmlenten gegenüberstanden, womit die Zahl der Reichsbannerleute noch um ein Vielfaches überschätzt sein dürfte. Mehrere der ver-

nommenen Stahlhelmlente entkamen unfreiwillig einige der Angeklagten aus dem Reichsbanner.

Es wird dann der sozialdemokratische Landrat Genosse Daubenhäuser vernommen, der eindrucksvoll nachweist, daß er rechtzeitig vor der Genehmigung der Stahlhelmanstellung gewarnt habe und daß er nach der Genehmigung sowohl Schupo aus dem benachbarten Jauer anforderte, als auch über die Vorbeugungsmahnahmen gegen Zusammenstöße auf beiden Seiten sich ins Bild zu setzen suchte. Von den fraglichen Vorgängen selber gibt der Landrat ein Bild, das den Stahlhelm im wesentlichen als Angreifer darstellt, wofür er noch eine Reihe weiterer, zum Teil rechtstehender Beamten als Zeugen benennen kann.

Verschiedene andere Zeugen berichten von Großsprecheren der Stahlhelmlente an dem Tage vor dem Zusammenstoß. In den Nachbarorten haben z. B. die Stahlhelmlente gedroht, den Striegauer Roten einen Denzettel zu geben. Außerdem wird durch eine ganze Reihe von Zeugen nachgewiesen, wie schwerbewaffnet der Stahlhelm aufmarschierte. Ein Chauffeur fand in einem Auto, das Stahlhelmlente beförderte, nachher eine vergessene Handgranate. Andere Zeugen haben gesehen, wie Handgranaten in Striegau von Stahlhelmlenten eingegraben wurden. Die Verhandlung ist sehr gegen den Willen des Staatsanwalts zu einer ungeheuren Anklage gegen den Stahlhelm und einer Entlastung des Reichsbanners auf der ganzen Linie geworden.

## England und der Sicherheitspakt.

London, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Presse betont in ihren Artikeln über die Genfer Konferenz nochmals, daß weder das Genfer Protokoll noch ein englisch-französisch-belgisches Bündnis als Mittel zur Friedenssicherung in Frage kommen könnte. Die „Times“ erklären, daß das Genfer Protokoll in seiner gegenwärtigen Form für England ganz unannehmbar sei, weil es nicht so sehr dem Frieden und der Sicherheit diene als eine Fülle von Schwierigkeiten und neue unübersehbare Schwierigkeiten schaffe. Auch der alte Gedanke eines Bündnisses zwischen England, Frankreich und Belgien sei für die öffentliche Meinung Englands und den Dominions nicht tragbar. Der letzte deutsche Vorschlag zeige einen hoffnungsvollen Weg an. Er sei auch vom Standpunkt der wesentlichen Interessen Polens unbedenklich. Es sei das Interesse Europas, daß Polen sich gut entwickle. Aber seine Methoden in der Frage der Selbstbestimmung seien nicht immer und in allen Teilen zu billigen.

### Genese für das Genfer Protokoll.

Genf, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Der tschechische Außenminister Beneš hat gegenüber Pressevertretern erklärt, daß die Tschechoslowakei so lange an dem Genfer Protokoll festhalten werde, bis nicht bessere Vorschläge zur Friedenssicherung durchgedacht werden.

### Sitzung des Völkerbundsrates.

Genf, 11. März. (ZU.) Die heutige Sitzung des Völkerbundsrates wurde von Chamberlain eröffnet. Der Rat beschloß, die Frage der Anfechtung und der Unterbindung von privaten Kapitalien in den Randabsätzen einer Kommission zu überweisen. Darauf wurde die Sitzung um eine Viertelstunde vertagt, weil das Ratifikationskomitee keine Arbeiten über die Prüfung des Verichts des irischen Generalkommissars noch nicht beendet hatte. Nach Wiederöffnung der Sitzung berichtete Sciaksja über den Wiederaufbau Ungarns. Dem Rat lag der Bericht des Generalkommissars und des ungarischen Kommissars vor. Der Rat stimmte dem Bericht zu und sprach die Hoffnung aus, daß die ungarische Regierung durch Unterzeichnung des Generalkommissariats den Wiederaufbau zu einem guten Ende führen werde.

In der Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates legte Dr. Beneš einen umfangreichen Bericht der Verbindungskommission über die private Herstellung von Kriegsmaterial vor. In dem Bericht wird der Protest der Vertreter der internationalen Arbeiterorganisationen Jouhaug und Dudgeest berücksichtigt, die sich beim Räte beschwert hatten, daß die Kommission sich vertage, bevor sie zu der Vertagung Stellung nehmen konnten. Auf Benešs Vorschlag erkennt der Rat an, daß die Mitglieder der Kommission die Möglichkeit haben müssen, ihre Ansichten in weitestem Umfange zu äußern, wenn auch dem Rat die Leitung der Arbeiten und die letzte Entscheidung vorbehalten bleiben müsse. Der Rat billigte den Beschluß der Verbindungskommission, erst nach der Ratkonferenz über den Waffenhandel wieder zusammenzutreten. Die auf der Ratkonferenz vertretenen Regierungen sollen aufgefordert werden, ihre Vertreter zur Ausarbeitung eines internationalen Übereinkommens über den Waffenhandel zu benachteiligen. Deutschland wird auch an der Ratkonferenz teilnehmen.

## Deutsch-polnische Konferenz.

Die Frage der Wanderarbeiter.

Am 11. März wurden im Auswärtigen Amt die deutsch-polnischen Verhandlungen in der Frage der polnischen Wanderarbeiter eröffnet. Leiter der Verhandlungen ist auf deutscher Seite der Ministerialrat und Dirigent im Reichsarbeitsministerium Dr. Weigert, auf polnischer Seite der Leiter des Emigrationsamts in Warschau, Stanislaus Grawronski. Herr Dr. Weigert eröffnete die Verhandlungen mit einer Begrüßung der polnischen Herren, gab der Meinung Ausdruck, daß die gemeinsamen Interessen beider Länder in der zu verhandelnden wichtigen sozialen Frage auf eine Verständigung hoffen ließen, und betonte dabei, daß eine solche Verständigung den Tendenzen der internationalen Sozialpolitik entsprechen würde. Herr Grawronski dankte für die Begrüßung, sprach ebenfalls seine Hoffnung auf eine Verständigung aus, und bezeichnete als Ziel der Verhandlungen den Abschluß eines deutsch-polnischen Abkommens über die polnischen Saisonarbeiter, wobei er auf die Grundzüge internationaler Konferenzen und die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts in Genf besonders hinwies.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstags trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Die Verhandlungen wurden durch sehr eingehende Darlegungen des Außenministers Dr. Stresemann über die Frage des Sicherheitspaktes eingeleitet. Die Verhandlungen fanden wie üblich unter hohem Vertraulichkeitsgrad statt. Es wurde in Aussicht genommen, bei der in aller nächster Zeit stattfindenden Beratung des Staats des Auswärtigen Amtes im Plenum des Reichstags die Anknüpfungen, die bei den Erörterungen im Auswärtigen Ausschuß zutage getreten waren, vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

Ein Befehlignungsprozeß gegen Forstner. Wie die WZ. erfährt, beginnt am 19. März vor dem Staatsgerichtshof der Beleidigungsprozeß des Reichspräsidenten gegen Stapfe, Rosenber, Blatner, Plamow, Freilern v. Forstner und Genossen.

Obstruktion im österreichischen Nationalrat. In dem Sonderauschuß für das Mietengesetz dauert die sozialdemokratische Obstruktion fort. Am Mittwoch vormittag hatte Genosse Ever eine Obstruktionrede begonnen. Er hat den ganzen Vormittag hindurch gesprochen und legte seine Rede am Nachmittag fort. Er wird sie am Abend nicht beenden, sondern in der nächsten Ausschusssitzung fortsetzen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Eisenbahnerstreik in Berlin.

In der gestern abend abgehaltenen Funktionärskonferenz des Bezirks Berlin im Deutschen Eisenbahner-Verband berichtete zunächst Beilichmidt von der Ortsverwaltung über den Stand des Streiks auf den Berliner Güterbahnhöfen und in den Umladehallen. Nachdem gestern nachmittag auch der Güterbahnhof Pankow die Arbeit eingestellt hat, sind über 1000 Mann im Kurzustand. Entgegen allen von der Reichsbahnverwaltung ausgehenden Nachrichten ist festzustellen, daß der Streik in Berlin zu einem völligen Versagen der Güterabfertigung geführt hat; viele Güterannahmefellen sind von der Reichsbahndirektion bereits geschlossen worden. Die von der Verwaltung den Streikenden angebotenen Räumlichkeiten sind nicht die mindeste Wirkung auszuüben vermocht. Im Gegenteil haben sich noch viele Arbeiter nachträglich der Streikbewegung angeschlossen.

Bezirksleiter Dressel sprach dann über die Maßnahmen, die nach den Beschlüssen der Bezirkskonferenz des DVB für die Erweiterung und Fortführung der Bewegung nötig sind. Der Streik von 1000 einarbeiteten Eisenbahnern wirkt sich bereits in volstem Maße aus. Schon jetzt laufen die Reklamationen nicht angekommener und falsch verladener Güter dazwischen bei der Reichsbahndirektion ein und es ist nicht abzusehen, wie hoch die Entschädigungsansprüche für verlorene gegangene Güter sein werden. Damit sind alle in die Welt gesetzten unrichtigen Behauptungen der Reichsbahnverwaltung bekämpft worden. Der Streik bedeutet in seinem gegenwärtigen Stadium nur ein Vorpostengefecht. Auf jeden Fall wird er der Reichsbahndirektion gezeigt haben, daß die Bewegung nicht von den Verbandsinstanzen gemacht wird, sondern daß sie ihre Ursache in einer tiefgehenden und weitverbreiteten Mißstimmung und Empörung der Eisenbahner hat. Nachdem von der Verwaltung jedes Zugeständnis abgelehnt ist, hat der Vorstand des Verbandes in der Weiterführung des Kampfes freie Hand bekommen. Und wenn nunmehr nach der Tagung des Rates eine Verschärfung des Kampfes bevorsteht, so ist das lediglich eine Auswirkung der gegebenen Situation. Dressel ließ bei der Versammlung keinen Zweifel über die Schwere des Kampfes: Sähes Aushalten und fester Kampfesmut werden die Hauptaufgaben der Streikenden sein müssen. Obwohl der Reichstag das Reichsbeihilfeministerium angewiesen hat, Verhandlungen mit den Eisenbahnerorganisationen aufzunehmen, können die Eisenbahner sich unter keinen Umständen mehr darauf einlassen, von den Instanzen weiter hingehalten zu werden. Wenn die Verwaltung bisher gescheitert hat, mit den Eisenbahnern machen zu können, was ihr beliebt, so wird ihr die Verschärfung des Kampfes zeigen, daß sie sich gründlich geirrt hat. Der Kampf wird nicht nur um einige Pfennige Lohnerhöhung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern auch um das Ansehen der Eisenbahnerarbeiterschaft geführt werden. Dieses Kampziel wird auch die Kampfform bestimmen. Der Streik geht um die Erhaltung der letzten Rechte der Eisenbahner, die wegen der Industriekapitalne im Verwaltungsrat verdrängt werden müssen. Die Eisenbahnerarbeiterschaft, die in arbeiterrechtlicher Beziehung rechtlos gemacht ist, das Gehalt des Abbaues und der Entlassung jeden Ansehens vor Augen hat, mit 16, 18 und 20 M. Wochenlohn abgesprengt wird, hat alles zu gewinnen und nichts zu verlieren.

Nach der Aufnahme, die die Ausführungen Dressels bei den Funktionären fanden und nach dem Ergebnis der Aussprache wird der Kampf im Bezirk Berlin vom heutigen Tage ab auch auf weitere Dienststellen und Dienstwege ausgedehnt werden. Nach Schluß der Versammlung sind die maßgebenden Funktionäre zusammengekommen, um das Ausmaß der Kampffrontverbreiterung zu bestimmen.

### Im Eisenbahndirektionsbezirk Köln

hatten die Eisenbahnerorganisationen zu Montag, nachmittags 2 Uhr, mehrere große Versammlungen des gesamten Personals einberufen. Die Versammlungen waren als Demonstration und Kundgebungen gedacht, wobei Besorgnis getroffen worden war, daß die Spätschicht zur Arbeit antreten konnte und auch sonst der Betrieb nicht gelähmt wurde. Der Leiter der englischen Besatzungsbehörde ließ die Organisationsvertreter und den Regierungsrat Erdmann von der Reichsbahnverwaltung zu sich kommen und eröffnete den Verhandlungen, daß die Reglemente der Besatzungsbehörde eine Anmeldung von Streiks vorsehen. Bei der sich anschließenden Aussprache betonten die Verbandsleiter, daß ein Streik noch nicht in Betracht käme und daß die Versammlungen unter allen Umständen abgehalten werden müßten.

Eigenartig war das Verhalten des Herrn Regierungsrates. Der Herr erklärte dem Eisenbahner, daß die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen der Kölner Eisenbahner besser seien als die der Industriearbeiter und daß

„gar kein Anlaß für die Bewegung“

vorliege. Auch die Verwaltung söhnte die Beteiligung an den Versammlungen als Arbeitsniederlegung an und werde dementsprechend ihre Maßnahmen treffen. Die Stellungnahme des Reichsbahnvertreters rief starkes Befremden hervor; er

mußte sich von den Organisationsvertretern darauf hinweisen lassen, daß hier nicht der Ort wäre, Auseinandersetzungen zwischen den Tarifkontrahenten zu pflegen. Obwohl der Engländer der Reichsbahnverwaltung die Unterstützung der Besatzungsbehörde zusagte, fanden die Versammlungen dennoch statt. Ueber 4000 Eisenbahner hatten den Dienst verlassen, ein außerordentlich hoher Prozentfuß aller Beschäftigten. Die Drohungen der Reichsbahnverwaltung hatten keinen Einfluß auszuüben vermocht. Die Versammlungen waren ein voller Erfolg für die Eisenbahnerbewegung in der besetzten Zone.

Im besetzten Gebiet, Bezirk Eberfeld, Essen, Duisburg, wurden dieser Tage Bezirksvertreterversammlungen der an der Eisenbahnerbewegung beteiligten Verbände abgehalten. Die Besatzungsbehörden, in diesem Falle Belgier und Franzosen, standen auf dem Standpunkt, daß die schlechten Löhne und Lebensbedingungen der Eisenbahner

### Die Bewegung durchaus verständlich

machen. Die Versammlungen nahmen Entschließer an, in denen die Sympathie für die schon streikenden Arbeiter und die Solidarität ausgedrückt wird. Trotz der Stellungnahme der französisch-belgischen Besatzungsbehörden besteht aber die Gefahr, daß in diesem Teil des besetzten Gebietes die fremdländische Eisenbahnerarbeiterschaft nicht ernst aufzufassen wird.

Ein Teil der Presse hat mit nicht mißzuverstehender Absicht gemeldet, daß die Besatzungsbehörden einen Streik der Eisenbahner verboten hätten. Das trifft nur für das englische, nicht aber für das französische und belgische Besatzungsgebiet zu. Die Franzosen haben vielmehr erklärt, ein Streik, der sich nicht gegen sie wende, werde von ihnen nicht verboten. Sie haben einen Reisefahrplan festgelegt, nach dem gegebenenfalls gefahren werden soll. Die Leute, die innerhalb dieses Reisefahrplans beschäftigt werden, sollen eine den Feuerungsverhältnissen entsprechende Bezahlung erhalten. Die Franzosen wollen nur, daß ihre Züge gefahren werden.

### Kundgebungen der Pfälzer Eisenbahner.

Kaiserslautern, 11. März. (Mitt.) Eine Versammlung der Eisenbahner nahm nach erregter Debatte eine Entschließer an, in welcher das Verhalten der Reichsbahnverwaltung einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Die Versammlung verlangt von der Reichsbahnverwaltung sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit den Gewerkschaften, da die gegenwärtigen Lohn- und Gehaltsverhältnisse völlig unzureichend seien. Den Eisenbahnern in Sachen wird die vollste Sympathie ausgesprochen und die Reichsbahnverwaltung vor einer Fernrennung der Lage gewarnt.

Ludwigshafen, 11. März. (Mitt.) Eine Eisenbahnerversammlung in Ludwigshafen sah eine Entschließer, in welcher das Verhalten der Hauptverwaltung als eine Provokation des gesamten Personals bezeichnet wurde. Die Versammlung sprach den streikenden Eisenbahnern im Reich ihre Sympathie aus und erklärte sich bereit, selbst die äußersten Konsequenzen zu ziehen, um die Forderungen der Eisenbahner durchzusetzen.

Die Eisenbahner in Mannheim halten Mittwoch abend gleichfalls eine Versammlung ab.

### Auch in Bayern

beginnen die Eisenbahner sich zu rühren. In Hof sind 260 Arbeiter der Eisenbahndienststellen in den Streik getreten. Der Ausbruch erstreckt sich zunächst auf einen Teil des Königs- und Güterbodenpersonals und auf etwa 100 Arbeiter der Bahnhofsarbeiten. Der Betrieb und der Verkehr wird aufrechterhalten. Die Reichsbahndirektion hat einen Kurzus zur Wiederaufnahme der Arbeit erlassen. Nach den vorliegenden Meldungen ist damit zu rechnen, daß auch auf weiteren Stationen Nordbayerns lokale Streiks erfolgen. Die Ortsverwaltung des Eisenbahnerverbandes in München nimmt in einer Erklärung zur Lohnbewegung der Eisenbahner Stellung und wendet sich gegen den Versuch der Reichsbahnverwaltung, die Schuld am Scheitern der Verhandlungen auf die Gewerkschaften zu schieben.

### In Sachsen

ruht zu 95 Proz. der Güterverkehr. Rein für Sachsen bestimmtes Gut wird in Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen angenommen; das ist der beste Beweis dafür, was von der Behauptung der Reichsbahnverwaltung zu halten ist, daß in Sachsen nur 6000 Mann streikten.

Die Reichsbahnverwaltung sieht zweifellos die Lage schon als sehr bedrohlich an; sie hat für den Direktionsbezirk Halle für die Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag bereits den Bahnschutz aufgerufen.

### Die Stettiner Eisenbahner.

Stettin, 11. März. (Mitt.) Die Vertreter der Ortsgruppen des Reichsbahndirektionsbezirks Stettin des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben beschlossen, sich dem Streik anzuschließen, falls die Reichsbahnverwaltung ihren Forderungen nicht nachkommen wird.

### Nach dem Bericht der Reichsbahnverwaltung

ist auch am Mittwoch keine wesentliche Veränderung in der Streiklage eingetreten. Daß in Hof in Bayern 260 Mann streikten, wird zugegeben.

In Berlin streiken heute insgesamt 700 Arbeiter. Die Zahl der Ausständigen im ganzen Reich beträgt heute 7709 Mann, das sind 1,8 Proz. des gesamten Eisenbahnerbestandes. Die Ge-

ründe, daß den für die Streikenden eingesprungenen Arbeitern höhere Löhne oder Sonderzuschläge gezahlt werden, sind frei erfunden. Im übrigen dürften die heutigen und morgigen Schlichterverhandlungen abzuwarten sein.

### „Niedrigkeit und Verschwendung der Reichsbahn“.

Zu der unter dieser Ueberschrift im gestrigen Abendblatt des „Vorwärts“ veröffentlichten Zuschrift wird uns von kompetenter Stelle mitgeteilt, daß die Angaben über das Jahreskommen des Generaldirektors Deier und seine Wohnanrichtung unzutreffend sind. Im letzteren Falle handle es sich um die Einrichtung von Diensträumen.

### Lapezierer-Streik.

Die fast vollständige Fellektion der Lapezierer am ersten Streiktag scheint die Unternehmer in große Unruhe versetzt zu haben. Unmöglich scheint den Scharwächern bei den Unternehmern das Gewissen zu schlingen, sonst würden sie wohl nicht zu unglücklicheren Mitteln nehmen. Der Wind wehte der Streikleitung ein Rundschreiben an die Meister auf den Tisch, unterzeichnet Obermeister Holzamer, worin die Unternehmer aufgefordert werden, sich zur Arbeitsleistung in den bestreikten Betrieben zur Verfügung zu stellen. Das Einverständnis, daß die bestreikten Betriebe dringende Arbeiten haben, hat dazu beigetragen, daß die schon ehemals gute Stimmung der Streikenden sich erheblich gesteigert hat. Unzutreffend ist jedoch die Angabe in dem Rundschreiben über die Ursache des Streiks. Die Lapezierer fordern keine Verkürzung der Arbeitszeit und haben sie in den unangenehmsten Verhandlungen während der anderthalbjährigen tariflichen Zeit nicht ein einziges Mal gefordert. Aber auf eine Verlängerung der Arbeitszeit lassen sich die Arbeiter nicht ein.

Weder Ausperrung, Materialsperrung, noch sonstige Maßnahmen können die Streikenden veranlassen auf den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzichten, wenn man ihnen solche auf friedlichem Wege nicht zugeht. Weder durch Drohungen noch Verleumdungen werden sich die Streikenden einschüchtern lassen. Sie werden aushalten, bis die Unternehmer ihren Herrenstandpunkt aufgeben.

Wir bitten alle Arbeiter, überall darauf zu achten, wo Deforations-, Kleber-, Bekleiderarbeiten usw. ausgeführt werden, und darauf aufmerksam zu machen, daß die Lapezierer sich im Streik befinden und solche Arbeit Streikarbeit ist. Wir bitten die Zentralstreikleitung.

Die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftsdelegierten und Parteimitgliedervertreter die in der vorer Woche versagt worden wurde, findet nunmehr am Mittwoch, den 18. März, abends 6 1/2 Uhr, im Metallarbeiterverbandshaus, Eintrachtstraße 87/88, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Giffert über die Ursachen der Gehalt- und die Lohnbewegung, sowie die Beratung der Satzung. Einladung nebst Delegiertenkarte gelten als Legitimation.

Der Abbau in dem Dombrowaer Grubenrevier nimmt von Tag zu Tag einen immer engeren Charakter an. So wurde dieser Tage wiederum eine große Anzahl von Arbeitern entlassen. Von dieser Maßnahme wurde besonders die Bevölkerung der Georaube betroffen, wo 700 Mann zur Entlassung kamen. In den nächsten Tagen werden auf sämtlichen Gruben auch etwa 20 Proz. der Beamten abgebaut.

**Verband der Weber und Färber! Montag, Freitag, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus** Ortsgruppenversammlung aller in der Industrie Beschäftigten. Tagesordnung: 1. Lohnbewegung und Arbeitsverhältnisse im Färbereiwesen. Ref.: Kollege Schiemann. 2. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz in Gumburg. 3. Bericht über die Verhandlungen. Bei der Wahl der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend geboten. Die Ortsgruppenleitung. **Freitag, 11. März, abends 7 Uhr, bei Hrn. Strobel, Schillerstraße 47** wichtige Versammlung aller SPD-Genossen. Tagesordnung: 1. Bericht über die Wahl der Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 2. Bericht über die Verhandlungen. 3. Tagesordnung. 4. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 5. Bericht über die Verhandlungen. 6. Tagesordnung. 7. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 8. Bericht über die Verhandlungen. 9. Tagesordnung. 10. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 11. Bericht über die Verhandlungen. 12. Tagesordnung. 13. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 14. Bericht über die Verhandlungen. 15. Tagesordnung. 16. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 17. Bericht über die Verhandlungen. 18. Tagesordnung. 19. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 20. Bericht über die Verhandlungen. 21. Tagesordnung. 22. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 23. Bericht über die Verhandlungen. 24. Tagesordnung. 25. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 26. Bericht über die Verhandlungen. 27. Tagesordnung. 28. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 29. Bericht über die Verhandlungen. 30. Tagesordnung. 31. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 32. Bericht über die Verhandlungen. 33. Tagesordnung. 34. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 35. Bericht über die Verhandlungen. 36. Tagesordnung. 37. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 38. Bericht über die Verhandlungen. 39. Tagesordnung. 40. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 41. Bericht über die Verhandlungen. 42. Tagesordnung. 43. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 44. Bericht über die Verhandlungen. 45. Tagesordnung. 46. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 47. Bericht über die Verhandlungen. 48. Tagesordnung. 49. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 50. Bericht über die Verhandlungen. 51. Tagesordnung. 52. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 53. Bericht über die Verhandlungen. 54. Tagesordnung. 55. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 56. Bericht über die Verhandlungen. 57. Tagesordnung. 58. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 59. Bericht über die Verhandlungen. 60. Tagesordnung. 61. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 62. Bericht über die Verhandlungen. 63. Tagesordnung. 64. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 65. Bericht über die Verhandlungen. 66. Tagesordnung. 67. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 68. Bericht über die Verhandlungen. 69. Tagesordnung. 70. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 71. Bericht über die Verhandlungen. 72. Tagesordnung. 73. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 74. Bericht über die Verhandlungen. 75. Tagesordnung. 76. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 77. Bericht über die Verhandlungen. 78. Tagesordnung. 79. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 80. Bericht über die Verhandlungen. 81. Tagesordnung. 82. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 83. Bericht über die Verhandlungen. 84. Tagesordnung. 85. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 86. Bericht über die Verhandlungen. 87. Tagesordnung. 88. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 89. Bericht über die Verhandlungen. 90. Tagesordnung. 91. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 92. Bericht über die Verhandlungen. 93. Tagesordnung. 94. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 95. Bericht über die Verhandlungen. 96. Tagesordnung. 97. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 98. Bericht über die Verhandlungen. 99. Tagesordnung. 100. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 101. Bericht über die Verhandlungen. 102. Tagesordnung. 103. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 104. Bericht über die Verhandlungen. 105. Tagesordnung. 106. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 107. Bericht über die Verhandlungen. 108. Tagesordnung. 109. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 110. Bericht über die Verhandlungen. 111. Tagesordnung. 112. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 113. Bericht über die Verhandlungen. 114. Tagesordnung. 115. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 116. Bericht über die Verhandlungen. 117. Tagesordnung. 118. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 119. Bericht über die Verhandlungen. 120. Tagesordnung. 121. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 122. Bericht über die Verhandlungen. 123. Tagesordnung. 124. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 125. Bericht über die Verhandlungen. 126. Tagesordnung. 127. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 128. Bericht über die Verhandlungen. 129. Tagesordnung. 130. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 131. Bericht über die Verhandlungen. 132. Tagesordnung. 133. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 134. Bericht über die Verhandlungen. 135. Tagesordnung. 136. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 137. Bericht über die Verhandlungen. 138. Tagesordnung. 139. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 140. Bericht über die Verhandlungen. 141. Tagesordnung. 142. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 143. Bericht über die Verhandlungen. 144. Tagesordnung. 145. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 146. Bericht über die Verhandlungen. 147. Tagesordnung. 148. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 149. Bericht über die Verhandlungen. 150. Tagesordnung. 151. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 152. Bericht über die Verhandlungen. 153. Tagesordnung. 154. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 155. Bericht über die Verhandlungen. 156. Tagesordnung. 157. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 158. Bericht über die Verhandlungen. 159. Tagesordnung. 160. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 161. Bericht über die Verhandlungen. 162. Tagesordnung. 163. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 164. Bericht über die Verhandlungen. 165. Tagesordnung. 166. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 167. Bericht über die Verhandlungen. 168. Tagesordnung. 169. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 170. Bericht über die Verhandlungen. 171. Tagesordnung. 172. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 173. Bericht über die Verhandlungen. 174. Tagesordnung. 175. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 176. Bericht über die Verhandlungen. 177. Tagesordnung. 178. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 179. Bericht über die Verhandlungen. 180. Tagesordnung. 181. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 182. Bericht über die Verhandlungen. 183. Tagesordnung. 184. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 185. Bericht über die Verhandlungen. 186. Tagesordnung. 187. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 188. Bericht über die Verhandlungen. 189. Tagesordnung. 190. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 191. Bericht über die Verhandlungen. 192. Tagesordnung. 193. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 194. Bericht über die Verhandlungen. 195. Tagesordnung. 196. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 197. Bericht über die Verhandlungen. 198. Tagesordnung. 199. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 200. Bericht über die Verhandlungen. 201. Tagesordnung. 202. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 203. Bericht über die Verhandlungen. 204. Tagesordnung. 205. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 206. Bericht über die Verhandlungen. 207. Tagesordnung. 208. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 209. Bericht über die Verhandlungen. 210. Tagesordnung. 211. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 212. Bericht über die Verhandlungen. 213. Tagesordnung. 214. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 215. Bericht über die Verhandlungen. 216. Tagesordnung. 217. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 218. Bericht über die Verhandlungen. 219. Tagesordnung. 220. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 221. Bericht über die Verhandlungen. 222. Tagesordnung. 223. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 224. Bericht über die Verhandlungen. 225. Tagesordnung. 226. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 227. Bericht über die Verhandlungen. 228. Tagesordnung. 229. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 230. Bericht über die Verhandlungen. 231. Tagesordnung. 232. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 233. Bericht über die Verhandlungen. 234. Tagesordnung. 235. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 236. Bericht über die Verhandlungen. 237. Tagesordnung. 238. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 239. Bericht über die Verhandlungen. 240. Tagesordnung. 241. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 242. Bericht über die Verhandlungen. 243. Tagesordnung. 244. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 245. Bericht über die Verhandlungen. 246. Tagesordnung. 247. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 248. Bericht über die Verhandlungen. 249. Tagesordnung. 250. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 251. Bericht über die Verhandlungen. 252. Tagesordnung. 253. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 254. Bericht über die Verhandlungen. 255. Tagesordnung. 256. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 257. Bericht über die Verhandlungen. 258. Tagesordnung. 259. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 260. Bericht über die Verhandlungen. 261. Tagesordnung. 262. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 263. Bericht über die Verhandlungen. 264. Tagesordnung. 265. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 266. Bericht über die Verhandlungen. 267. Tagesordnung. 268. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 269. Bericht über die Verhandlungen. 270. Tagesordnung. 271. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 272. Bericht über die Verhandlungen. 273. Tagesordnung. 274. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 275. Bericht über die Verhandlungen. 276. Tagesordnung. 277. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 278. Bericht über die Verhandlungen. 279. Tagesordnung. 280. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 281. Bericht über die Verhandlungen. 282. Tagesordnung. 283. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 284. Bericht über die Verhandlungen. 285. Tagesordnung. 286. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 287. Bericht über die Verhandlungen. 288. Tagesordnung. 289. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 290. Bericht über die Verhandlungen. 291. Tagesordnung. 292. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 293. Bericht über die Verhandlungen. 294. Tagesordnung. 295. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 296. Bericht über die Verhandlungen. 297. Tagesordnung. 298. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 299. Bericht über die Verhandlungen. 300. Tagesordnung. 301. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 302. Bericht über die Verhandlungen. 303. Tagesordnung. 304. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 305. Bericht über die Verhandlungen. 306. Tagesordnung. 307. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 308. Bericht über die Verhandlungen. 309. Tagesordnung. 310. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 311. Bericht über die Verhandlungen. 312. Tagesordnung. 313. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 314. Bericht über die Verhandlungen. 315. Tagesordnung. 316. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 317. Bericht über die Verhandlungen. 318. Tagesordnung. 319. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 320. Bericht über die Verhandlungen. 321. Tagesordnung. 322. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 323. Bericht über die Verhandlungen. 324. Tagesordnung. 325. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 326. Bericht über die Verhandlungen. 327. Tagesordnung. 328. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 329. Bericht über die Verhandlungen. 330. Tagesordnung. 331. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 332. Bericht über die Verhandlungen. 333. Tagesordnung. 334. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 335. Bericht über die Verhandlungen. 336. Tagesordnung. 337. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 338. Bericht über die Verhandlungen. 339. Tagesordnung. 340. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 341. Bericht über die Verhandlungen. 342. Tagesordnung. 343. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 344. Bericht über die Verhandlungen. 345. Tagesordnung. 346. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 347. Bericht über die Verhandlungen. 348. Tagesordnung. 349. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 350. Bericht über die Verhandlungen. 351. Tagesordnung. 352. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 353. Bericht über die Verhandlungen. 354. Tagesordnung. 355. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 356. Bericht über die Verhandlungen. 357. Tagesordnung. 358. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 359. Bericht über die Verhandlungen. 360. Tagesordnung. 361. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 362. Bericht über die Verhandlungen. 363. Tagesordnung. 364. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 365. Bericht über die Verhandlungen. 366. Tagesordnung. 367. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 368. Bericht über die Verhandlungen. 369. Tagesordnung. 370. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 371. Bericht über die Verhandlungen. 372. Tagesordnung. 373. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 374. Bericht über die Verhandlungen. 375. Tagesordnung. 376. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 377. Bericht über die Verhandlungen. 378. Tagesordnung. 379. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 380. Bericht über die Verhandlungen. 381. Tagesordnung. 382. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 383. Bericht über die Verhandlungen. 384. Tagesordnung. 385. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 386. Bericht über die Verhandlungen. 387. Tagesordnung. 388. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 389. Bericht über die Verhandlungen. 390. Tagesordnung. 391. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 392. Bericht über die Verhandlungen. 393. Tagesordnung. 394. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 395. Bericht über die Verhandlungen. 396. Tagesordnung. 397. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 398. Bericht über die Verhandlungen. 399. Tagesordnung. 400. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 401. Bericht über die Verhandlungen. 402. Tagesordnung. 403. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 404. Bericht über die Verhandlungen. 405. Tagesordnung. 406. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 407. Bericht über die Verhandlungen. 408. Tagesordnung. 409. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 410. Bericht über die Verhandlungen. 411. Tagesordnung. 412. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 413. Bericht über die Verhandlungen. 414. Tagesordnung. 415. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 416. Bericht über die Verhandlungen. 417. Tagesordnung. 418. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 419. Bericht über die Verhandlungen. 420. Tagesordnung. 421. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 422. Bericht über die Verhandlungen. 423. Tagesordnung. 424. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 425. Bericht über die Verhandlungen. 426. Tagesordnung. 427. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 428. Bericht über die Verhandlungen. 429. Tagesordnung. 430. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 431. Bericht über die Verhandlungen. 432. Tagesordnung. 433. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 434. Bericht über die Verhandlungen. 435. Tagesordnung. 436. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 437. Bericht über die Verhandlungen. 438. Tagesordnung. 439. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 440. Bericht über die Verhandlungen. 441. Tagesordnung. 442. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 443. Bericht über die Verhandlungen. 444. Tagesordnung. 445. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 446. Bericht über die Verhandlungen. 447. Tagesordnung. 448. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 449. Bericht über die Verhandlungen. 450. Tagesordnung. 451. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 452. Bericht über die Verhandlungen. 453. Tagesordnung. 454. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 455. Bericht über die Verhandlungen. 456. Tagesordnung. 457. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 458. Bericht über die Verhandlungen. 459. Tagesordnung. 460. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 461. Bericht über die Verhandlungen. 462. Tagesordnung. 463. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 464. Bericht über die Verhandlungen. 465. Tagesordnung. 466. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 467. Bericht über die Verhandlungen. 468. Tagesordnung. 469. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 470. Bericht über die Verhandlungen. 471. Tagesordnung. 472. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 473. Bericht über die Verhandlungen. 474. Tagesordnung. 475. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 476. Bericht über die Verhandlungen. 477. Tagesordnung. 478. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 479. Bericht über die Verhandlungen. 480. Tagesordnung. 481. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 482. Bericht über die Verhandlungen. 483. Tagesordnung. 484. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 485. Bericht über die Verhandlungen. 486. Tagesordnung. 487. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 488. Bericht über die Verhandlungen. 489. Tagesordnung. 490. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 491. Bericht über die Verhandlungen. 492. Tagesordnung. 493. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 494. Bericht über die Verhandlungen. 495. Tagesordnung. 496. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 497. Bericht über die Verhandlungen. 498. Tagesordnung. 499. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 500. Bericht über die Verhandlungen. 501. Tagesordnung. 502. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 503. Bericht über die Verhandlungen. 504. Tagesordnung. 505. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 506. Bericht über die Verhandlungen. 507. Tagesordnung. 508. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 509. Bericht über die Verhandlungen. 510. Tagesordnung. 511. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 512. Bericht über die Verhandlungen. 513. Tagesordnung. 514. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 515. Bericht über die Verhandlungen. 516. Tagesordnung. 517. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 518. Bericht über die Verhandlungen. 519. Tagesordnung. 520. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 521. Bericht über die Verhandlungen. 522. Tagesordnung. 523. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 524. Bericht über die Verhandlungen. 525. Tagesordnung. 526. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 527. Bericht über die Verhandlungen. 528. Tagesordnung. 529. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 530. Bericht über die Verhandlungen. 531. Tagesordnung. 532. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 533. Bericht über die Verhandlungen. 534. Tagesordnung. 535. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 536. Bericht über die Verhandlungen. 537. Tagesordnung. 538. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 539. Bericht über die Verhandlungen. 540. Tagesordnung. 541. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 542. Bericht über die Verhandlungen. 543. Tagesordnung. 544. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 545. Bericht über die Verhandlungen. 546. Tagesordnung. 547. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 548. Bericht über die Verhandlungen. 549. Tagesordnung. 550. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 551. Bericht über die Verhandlungen. 552. Tagesordnung. 553. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 554. Bericht über die Verhandlungen. 555. Tagesordnung. 556. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 557. Bericht über die Verhandlungen. 558. Tagesordnung. 559. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 560. Bericht über die Verhandlungen. 561. Tagesordnung. 562. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 563. Bericht über die Verhandlungen. 564. Tagesordnung. 565. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 566. Bericht über die Verhandlungen. 567. Tagesordnung. 568. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 569. Bericht über die Verhandlungen. 570. Tagesordnung. 571. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 572. Bericht über die Verhandlungen. 573. Tagesordnung. 574. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 575. Bericht über die Verhandlungen. 576. Tagesordnung. 577. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 578. Bericht über die Verhandlungen. 579. Tagesordnung. 580. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 581. Bericht über die Verhandlungen. 582. Tagesordnung. 583. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 584. Bericht über die Verhandlungen. 585. Tagesordnung. 586. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 587. Bericht über die Verhandlungen. 588. Tagesordnung. 589. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 590. Bericht über die Verhandlungen. 591. Tagesordnung. 592. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 593. Bericht über die Verhandlungen. 594. Tagesordnung. 595. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 596. Bericht über die Verhandlungen. 597. Tagesordnung. 598. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 599. Bericht über die Verhandlungen. 600. Tagesordnung. 601. Wahl von zwei Repräsentanten zur Färbereikonferenz. 602. Bericht über die Verhandlungen.

# Hygienische Milchgewinnung.

Die gesundheitspolizeiliche Milchkontrolle wird seit einer Reihe von Jahren als dringend erforderlich für die Volksgesundheit angestrebt; sie ist bisher jedoch hauptsächlich an dem Widerstand der milchproduzierenden Landwirtschaft gescheitert, obwohl die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Milchverkehrs allgemein, auch von einflussreichen Landwirten, anerkannt wird. Diese wichtige Frage behandelte kürzlich in einem sehr aufschlussreichen Vortrage der Rektor der Tierärztlichen Hochschule, Prof. Dr. S. Bongert, im Rahmen der Berliner Milchausstellung, die kürzlich geschlossen wurde.

## Produktion und Bedarf.

Der Milchbedarf und auch der Gesamtwert der Milchproduktion wird allgemein unterschätzt. Vor dem Kriege schwankte der Milchverbrauch pro Jahr und Kopf der Bevölkerung je nach der Gegend zwischen 60 und 180 Litern. Nach den Ermittlungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft betrug im Jahre 1906 der Wert der deutschen Milchproduktion 2,64 Milliarden Mark und war somit höher als der Produktionswert irgendeines anderen Zweiges der Landwirtschaft. Der Wert der gesamten Brotgetreidernte wurde in dem gleichen Jahre auf 2,25 Milliarden und der der Kartoffelernte auf 0,41 Milliarden geschätzt. Der Wert der gesamten Milchproduktion ist doppelt so hoch wie die Kohlenförderung Deutschlands, deren Wert 1906 1170 Mill. betrug und fast dreimal so hoch wie die Robeisenproduktion Deutschlands mit 980 Mill. Die Milchproduktion hat infolge des Krieges erheblich abgenommen und dürfte die Höhe der Vorkriegszeit noch nicht annähernd wieder erreicht haben. Berücksichtigt man aber die den Verhältnissen angepasste Steigerung des Milchpreises um das Doppelte, so wird man die genannten Produktionswerte auch einermessen für die jetzigen Verhältnisse zureichend bezeichnen können. Die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Milch als Nahrungsmittel und ihre bekanntermaßen häufige schlechte Beschaffenheit in hygienischer Beziehung, die besonders seit der Nachkriegszeit in bedenklichem Grade festzustellen ist, lassen eine gesundheitspolizeiliche Regelung des gesamten Milchverkehrs als dringend notwendig und nicht länger aufschiebbar erscheinen. Die Kuhmilch kann bekanntlich dadurch eine gesundheitsgefährliche Beschaffenheit annehmen, daß sie von kranken oder solchen Kühen gewonnen wird, die ungewöhnlich oder mit verdorbenen Futtermitteln jeder Art gefüttert oder die mit bestimmten Arzneien behandelt worden sind, sowie dadurch, daß die Milch unsauber gewonnen oder nach der Gewinnung unsachgemäß behandelt und infolgedessen bakteriell verseht oder mit den Erregern von menschlichen Infektionskrankheiten infiziert ist.

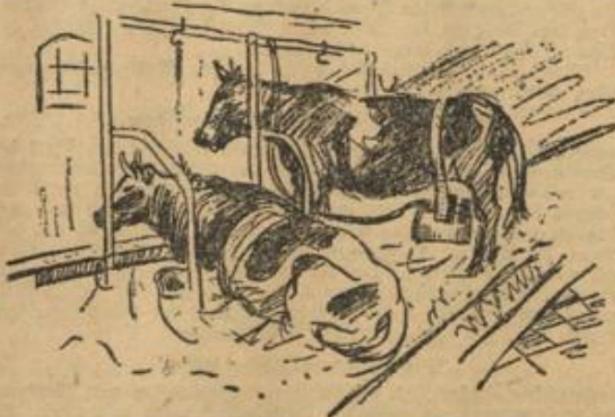
## Kranke Milch.

Von Tierkrankheiten, die durch den Milchgenuss auf den Menschen direkt übertragen werden können oder eine gesundheitsgefährliche Beschaffenheit der Milch verursachen, sind in der Reihenfolge ihrer Bedeutung zu nennen: Die Tuberkulose, die Euterentzündungen, die Blutergussungen, Aphthenleue, der Milchbrand, die Kuhpocken, die Toxämie und das Mastitiser. Daß die Tuberkulose vom Rinde auf den Menschen durch den Milchgenuss übertragbar ist, und im Kindesalter auch verhältnismäßig häufig bei Kuhgenuss der Milch übertragen wird, darüber kann jetzt kein Zweifel mehr bestehen. Mit der erheblichen Zunahme der Tuberkulose in den Milchviehbeständen ist die Gefahr der Tuberkuloseübertragung durch den Milchgenuss erheblich größer geworden. Auch daß die Milch von euterkranken Kühen, die mit der Milch große Mengen Eiter und zahlreiche, auch für den Menschen pathogene Streptokokken ausscheiden, gesundheitsgefährlich wirken und Mastitiser und epidemische Mandelentzündung verursachen kann, ist durch reichliche Beobachtungen erwiesen. Hierbei ist hervorzuheben, daß die Giftigkeit solcher Milch durch Kochen nicht immer zerstört wird. Eine weitere häufige Ursache der Gesundheitsgefährlichkeit der Milch ist die infolge ungewöhnlicher Fütterung zu beobachtende Ausscheidung von giftig wirkenden Stoffen mit der Milch, so z. B. nach Verabreichung von Njzinsäuren, fauligen Futtermitteln jeder Art, stark befallenen Klee, alkoholhaltiger Schlempe usw.

## Ueberflüssige und „mishandelte“ Milch.

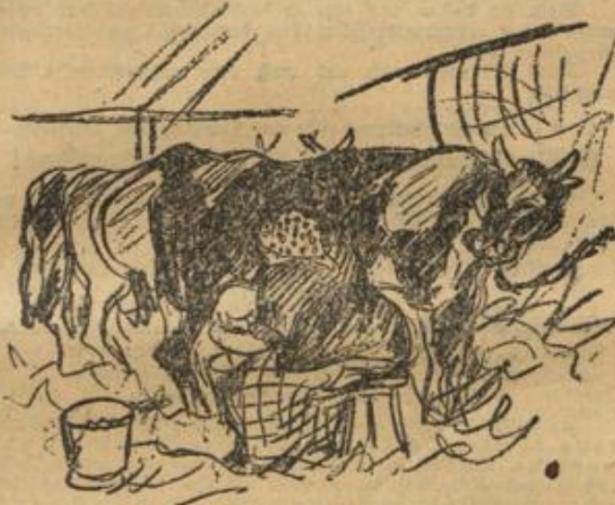
Die nach Berlin gelieferte Milchmenge hat bei weitem noch nicht den Friedensstand erreicht. Dennoch brachte kürzlich die Presse (vor

allem der „Vorwärts“ D. Red.) die aufsehenerregende Mitteilung, daß in Berlin auf dem Städtischen Milchhof für 200 000 Liter Milch keine Absatzmöglichkeit war, und diese Milch größtenteils der menschlichen Ernährung verloren ging. Den Bewohnern Berlins — und so wird es anderwärts auch wohl sein — ist durch die amtlich gestattete Milchhandlung der Milch der Milchgenuss gründlich verweigert



Hygienisch einwandfreie Melkanlage.

worden. Es gibt Milch, es finden sich aber nicht genügend Konsumenten. Dieser für die Volksgesundheit bedauerliche Zustand kann nur dadurch beseitigt werden, daß endlich allen Ernstes für die Bereitstellung einer tabellosen, bedingungslosen Frischmilch Sorge getragen wird, um den Milchkonsum wieder zu heben. Das wird aber nur möglich sein durch eine sanitätspolizeiliche Kontrolle des Milchverkehrs, die einsetzt am Orte der Produktion und sich erstreckt bis zu dem Zeitpunkt, wo die Milch in die Hände des Konsumenten gelangt. Man hat bisher geglaubt, von einer einheitlichen Regelung des Milchverkehrs, insbesondere von einem einheitlichen Milchunternehmens-



Die noch übliche Handmelkung.

verfahren, für das Reich und auch für Preußen Abstand nehmen zu müssen, weil die an die Marktmilch zu stellenden Anforderungen einheitlich nicht festgestellt werden können, da die Zusammensetzung der Milch je nach der Rinderrasse und der Beschaffenheit des Futters in den einzelnen Gegenden sehr verschieden ist. So, will man denn so lange warten, bis überall die gleiche Rinderrasse eingeführt ist? Dann wird es mit einer ordnungsmäßigen Milchkontrolle überhaupt nichts

werden. Diese Argumentation läßt aber die irrige Ansicht der verantwortlichen amtlichen Dienststellen deutlich erkennen, die immer noch den Hauptwert der Frischmilch, auf die es doch in erster Linie ankommt, im Fettgehalt erblicken wollen. Weiterhin hat man jedesmal angeführt, daß die Hygiene der Milchgewinnung und des Milchhandels noch so rückständig sei, daß es nicht erstrebenswert sein könne, ein Gesetz zu schaffen, das den augenblicklichen Zustand als etwas Gegebenes betrachtet und für das der augenblickliche Stand der Dinge als Grundlage diene. Inzwischen ist aber die Hygiene der Milchgewinnung so unglaublich schlecht geworden, daß eine Remedur unbedingt erforderlich ist. Die Schwierigkeit wird schwinden für eine gesetzliche Regelung, wenn man sich endlich unter Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung mit der unentbehrlichen Frischmilch und im Bewußtsein der Verantwortlichkeit dazu verstehen würde, den Wert der Frischmilch nicht vornehmlich und in erster Linie in dem wechselnden Fettgehalt, sondern vielmehr in ihrer gesundheitslich einwandfreien Beschaffenheit zu erblicken, womit man vor dem Kriege bei der Beschaffung und Produktion von Kindermilch bereits den Anfang gemacht hatte.

Die obigen Ausführungen beweisen die dringende Notwendigkeit einer gesundheitspolizeilichen Milchkontrolle auf gesetzlicher Grundlage, deren ungezügelmäßige Durchführung Sache der Regierung und der Tierärzte ist.

## Das Schneeballsystem.

Einmal sitzt die Hausfrau und rechnet, wie sie das notwendige Geld für die unbedingte erforderlichen Neuanfassungen an Kleidung und Wäsche aufbringen soll. Das Einkommen reicht nicht, um auch nur das Allernotwendigste für den Lebensunterhalt zu bestreiten, für die darüber hinausgehende Anschaffung fehlt in den meisten Haushaltungen das Geld. So sitzt die Arbeiterfrau und rechnet und rechnet. Irgendwo hat sie ein „Preisauschreiben“ gelesen, das ihr Interesse erweckt. Es ist ein Rätsel. Mit Leidenschaft findet sie die Lösung. „Ohne Fleisch kein Preis“ und ähnliches. Sie sieht die ausgelegten Preise, die einen für sie unerschwinglichen Wert haben, sieht, daß es nur nötig ist, die Auflösung des Rätsels einzuschicken, und daß sie dann die Aussicht hat, einen der ausgelegten Preise zu erhalten. So entschließt sie sich dazu, die 10 Pf., die sie für ¼ Liter Milch viel besser verwenden könnte, zu opfern und die Lösung an die angegebene Adresse zu senden. Sie wartet auf Antwort. Sie kommt schneller als sie glaubte. Sie erhält die Aufforderung, einen Beitrag für Unkosten zu leisten und irgend etwas zu kaufen. Dann darf sie an dem Wettbewerb teilnehmen. Das ist das eine System, mit dem man „Kundhaft“ wird. Es gibt noch ein anderes, das sogenannte Schneeballsystem. Es werden z. B. von einer Firma vier Gutscheine, jeder auf ein Bild im Werte von 20 M., an eine Adresse geschickt. Der Käufer der Empfänger sämtliche vier Gutscheine, sendet die Adressen der Gutscheineempfänger und die 80 M., die er eingenommen hat an den Absender ein, dann erhält er das Bild gratis. Der Verkäufer des Bildes hat also für eine Sache im Werte von 20 M. 80 M. eingenommen. Aber das genügt ihm nicht. In diese Gutscheineempfänger sendet er neue Gutscheine ein und diese müssen weiter verkauft werden, wenn der Weiterverkaufende wieder ein Bild oder einen anderen Gegenstand gratis erhalten soll. Dieses System kann endlos fortgesetzt werden und bringt den Veranstaltern natürlich erhebliche Einnahmen und Gewinne. Geschädigt sind diejenigen, die auf einen derartigen Humberg hineinfallen. Sie können nicht laut genug gewarnt werden und es ist nur begrüßenswert, daß dies neuerdings auch wieder von den Behörden geschieht ist. Es ist auch zu begrüßen, daß in dieser amtlichen Veröffentlichung darauf hingewiesen wurde, daß derartige Auslobungen und Schneeballsauschreibungen unter den Begriff des Spiels fallen und einen strafrechtlichen Tatbestand darstellen, der evtl. Gefängnisstrafe vorsieht. Aber, was nützt es einem Reingelassenen, wenn er wirklich Anzeige macht, und wenn wirklich der Schneeballmann vom Staatsanwalt gefaßt wird. Sein Geld sieht er doch selten wieder. Er müßte erst einen langjährigen Zivilprozeß führen, meistenteils aber handelt es sich auch um Leute, bei denen nichts zu holen ist. Deswegen gibt es nur ein Mittel, um sich zu schützen: Man wende sich bei dem Einkauf nur an Geschäfte, die als ehrlich bekannt sind, an

# Der Apfel der Elisabeth Hoff.

43] Von Wilhelm Hegeler.

„Ich ihn? Ich weiß nicht. Ich weiß nicht. Aber dankbar bin ich ihm für seine Liebe. Auf den Knien möchte ich ihm danken, denn nun weiß ich doch, daß ich noch Weib bin. Er liebt mich! All die Jahre hat er mich geliebt. Und ist herübergekommen aus Amerika um seiner Liebe willen. Ich weiß nicht, ob ich ihn liebe. Vielleicht liebe ich nur seine Liebe. Seine Liebe, die für mich Worte fand, die du nie gefunden hast, die mich so stolz, so glücklich, so jung gemacht hat, wie ich bei dir alt und gedemütigt und ohne Schwung und Kraft war. Ach du, wenn du nur wüßtest, was Liebe heißt! Wenn einer kommt und sagt: Du Quell! Du Licht! Du Glanz! Ach, seit gestern Abend habe ich wieder mein Mädchenherz, das klingt, das klingt, das klingt, so voller Melodie, und die ganze Welt ist voll heimlicher Musik, ist nicht mehr der graue Alltag wie deine Welt!“

Wie sie da stand, nicht stand, sondern ganz ausstrebende Bewegung war in der jungen Straffheit ihres Körpers, wie ein steil aufsteigender Strahl, wie ein schlanker Blütenstiel, und ihr Gesicht mit den blauen Feuer sprühenden Augen, mit den geröteten Wangen, rötlich noch umglüht war vom tiefen Sommerfrohnsinn, das sie in sich zu sammeln und auszustrahlen schien. . . wie Hoff sie da vor sich sah: war er gebendet, terauscht, hingerissen wie jemand, dem ein neues Land sich auftut, aber der Gedanke, daß dies fremde, in abenteuerliche Gefühlsfern ihn lockende Wesen seine Frau sei, die Mutter seiner Kinder, der vertrauteste Mensch noch gestern und jetzt der fremdeste, und verwandelt nicht durch ihn, sondern durch einen anderen, der ihm dies Vertraute gestohlen hatte, der alles, was er ihr gewesen war, befehdet und vernichtet hatte — dieser Gedanke raubte ihm jede Besinnung, erweckte in ihm tierische Wut, ließ ihn die Hände ballen, sie schütteln, als wollten sie etwas packen, zerbrechen, ganz und gar zu nichts zerstampfen. Plötzlich ergiff er auf dem Tisch eine Vase mit einem Feldblumenstrauß und lehnte sie zerbrochen nieder. Dann nahm er Hut und Stock, umspannte schon die Kante, kehrte aber plötzlich um und trat noch einmal vor seine Frau:

„Du gibst der Leidenschaft das Recht, sich über jedes Gebot, das zwischen anständigen Menschen existiert, hinwegzusetzen. Gull! Sei's so! Ich aber nehme mir das Recht,

einenn Buben, der wie ein Einbrecher in mein Haus eindringt, auch wie einen Einbrecher zu behandeln.“

„Was hast du vor? — Roland, wenn du dich an ihm vergreiffst . . . dann sind wir für immer geschieden!“

„Geschieden? O Gott, wir sind so weit voneinander geschieden, daß alles, was du sagen kannst, mich nicht mehr erreicht. Mit dir habe ich nichts zu schaffen. Geh du mit deinem Liebhaber, wohin du willst, wenn er noch Lust und heile Knochen hat, dich mitzunehmen.“

Sie griff nach ihm, wollte ihn am Arm festhalten, aber er packte ihre Hand, riß sie herunter, preßte sie so zusammen, daß sie schmerzjöhnend in die Knie brach.

Auf dem Treppenabsatz blieb er vor einem Spiegel stehen, brachle seinen Anzug, sein Haar in Ordnung und dachte nach. Er machte gewaltsam in dem trüben Chaos seines Hirns einen Winkel frei und dachte sehr ruhig, sehr bestimmt nach. Vor allen Dingen mußte er erfahren, wo Nysek steckte. Wenn es Elisabeth ge'ang, ihn zu warnen, so war es nicht unmöglich, daß die beiden mitsamt den Kindern im Auto die Flucht ergriffen.

Er durchsuchte die Räume im Erdgeschoß, trat in Nyseks Zimmer. Niemand da. Endlich wies draußen eine Kellnerin ihn an den Chauffeur. Der Mann erklärte auf seine Frage, daß Herr Nysek nach der Försterei gegangen wäre und erst gegen Abend wiederkommen würde. Zu Fuß durch den Wald sei es eine gute Stunde.

Der Mann erklärte sich dazu bereit. Sobald Hoff im Auto saß, war wieder das dunkel trübe Chaos in seinem Hirn. Auf rotzerflorstem Hintergrund sah er zwei dunkle Gestalten, die sich im Wald gegenüberstanden, die Pistolen langsam hebend. . . Borhin als Elisabeth ihm von einem ähnlichen Vorgang erzählt, hatte etwas in ihm sich aufgebaut gegen die Wästelheit dieses Vorganges: Jetzt labte, beruhigte sich sein Blut daran.

Er dachte kurz an Kinder, Arbeit, kommende Jahre — alles würde sich einrichten lassen, aber erst mußte die Gestalt da vor ihm, die langsam die Pistole hob, fallen. Das ganze, trüb schäumende Rot vor seinen Augen mußte zusammenschießen in den aus der Wunde stürzenden Blutstrahl.

Eine scharfe Wendung. Ein rasches Stoppen. Das Auto hielt. Hoff sprang hinaus, warf einen kurzen Blick auf das Haus und spürte etwas von düsterer Vorfreude: wie eine Falle lag es da, von gespenstischen Schicksalsarmen umkrallt. Der

darin weiste, ahnungslos vielleicht, vielleicht in Gewissensangst sich versteckend, sollte ihm nicht entgehen.

Er riß an der Schelle, riß ungeduldiger ein zweites Mal. In das gellende Gebimmel mischte sich das wütende Aufheulen eines Hundes. Der Chauffeur, der annehmen mochte, daß sein Herr das Auto mit dem Gast zur Rückfahrt benutzen würde, war sühngelieben. Als er aber wahrnahm, daß auf das wiederholte Klingeln niemand erschien, stieg er aus und ging durch das offene Tor in den Hof. Nach einigen Augenblicken aber kam er verstört zurückgerannt und rief, der Professor solle mitkommen.

Hoff, in seiner Aufregung sich einbildend, Nysek könne versuchen, vor ihm zu fliehen, stürzte auf den Hof, an dem heulenden und sich in tollen Sprüngen überschlagenden Hund vorbei, ins Haus, drängte durch den dunklen Flur in die erste offentehende Tür, sah vor einem Beit die düstere Gestalt einer zerlumpten Greisin gefauert und stand still, als wenn die gespenstischen Schicksals Hände nicht nur die stürmende Bewegung seines Körpers, sondern auch sein hämmerndes Herz und seiner Gedanken widen Lauf zum Stocken gebracht hätten. Denn was er da sah, war rötlich und blutiger als jede Vorstellung, die den roten Dämpfen seines Jorns entstieg war, und das Gesicht des Mannes im Bett war blaß, hilflos, bjammerenswert über alle Wut und Rache hinans.

Einen Augenblick hatte die Kauernde ihr gelerähnliches Gesicht rasch zu dem Eintretenden hingewandt, fuhr dann aber fort, mit leht schreiender, leht murmelnder Stimme unverständliches Zeug schnell herunterzuleiern, während sie zugleich mit ihren glühgekrümmten Fingern einen schmutzigen, schwarzen Brei auf der entblößten Brust des in einer blutigen Ausgestreckten zusammenklaubte und festdrückte. Hoff sagte, er wäre Arzt, sie möge ihn an den Verwunden heranlassen. Als die alte Frau seine wiederholte Aufforderung nicht zu hören schien, sondern ihre sinnlose Vitane nur noch lauter herunterschrie, schob er sie trotz ihrem Schreien beiseite und begann, den, wie es schien, schon fast erbluteten Körper zu untersuchen, ohne ihn aus seiner Lage zu bewegen. Knapp über der linken Brustwarze befand sich eine Wunde, die leht durch den schwarzen Brei verstopft war. Offenbar eine Schußwunde. Das Blut hatte bereits aufgehört zu rinnen. Bie leicht siderten noch Tropfen durch die Ausschuhöffnung. Aber ihm kam es vor allem darauf an, zu wissen, ob überhaupt noch Leben in diesem Körper sei. Mit dem bloßen Ohr vermochte er Herzjöne nicht mehr wahrzunehmen. Aber der Puls schlug noch, wenn auch sehr schwach. (Fortsetzung folgt.)

Geschäfte, bei denen man sachgemäß bedient wird. Der Arbeiter ist meist Mitglied seiner Konsumgenossenschaft. Hier kann er alles erhalten, was er braucht. Wenn er aber unbekannt auf Ausschreibungen hin und Verpfechtungen auch nur einen Pfennig anvertraut, wenn er allen Warnungen zum Trotz immer wieder hofft, die Ausschreibung, die er sieht, sei ehrlich, dann ist ihm eben nicht zu helfen.

### Der Totschlagsversuch am Vater.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben: Das Jugendhausurteil gegen den 18jährigen Max H. wegen versuchten Totschlages an seinem Vater nötigt zu einer kleinen Schlußbetrachtung. Die Presse läßt nicht ihre Pflicht, wenn sie die Öffentlichkeit und die Behörden nicht immer wieder auf die in Gerichtsverhandlungen offenbarten sozialen Schäden aufmerksam macht. Diese müssen aber beseitigt werden, damit neues Unheil vermieden werde. Der tragischste Moment in der Reihe von Ereignissen im Leben des jungen Menschen, die zum Schluß geführt haben, war wohl zweifellos die Ablehnung der Polizei, ihm den verlangten Schutz gegen den Vater zu gewähren. Man stelle sich vor: Der Vater springt dem Jungen zu wiederholten Malen an die Kehle. Der Junge kennt nur eine Behörde, die berufen ist, den Bürger zu schützen. Vertrauensvoll wendet er sich an diese. Er weißt jede Empfindung des Gefühls, als die Polizei sich weigert, den Konflikt zu schlichten. Das Revolver zeigt den Jungen auch nicht an das Jugendamt. Um das Gefühl der Sicherheit wiederzugewinnen, kauft er den Revolver. Ist nun die Polizei von jeder Schuld am Schluß des Sohnes gegen den Vater freizusprechen? Das Gesetz bestraft denjenigen, der seinen Nächsten im hilflosen Zustand der Lebensgefahr überläßt. Die Polizei hat den jungen Menschen, der sich gewissermaßen auch in Lebensgefahr befand — er hätte sich ja das Leben nehmen können —, ohne Hilfe gelassen. Vielleicht hat dieser Strafstoß — ob es aber nur ein Strafstoß des Jungen war — die eine gute Folge: nämlich daß allen Polizeibeamten durch das Polizeipräsidium ein für allemal auf das entschiedenste eingeschärft wird, daß sie wenigstens in allen Fällen, in denen sich Jugendliche an sie wenden, sich ihrer auswärts annehmen und nötigenfalls aufs Jugendamt zu geleiten haben. Ergeht solch eine Verordnung, so wird das Opfer des 18jährigen Max H. vielleicht nicht umsonst gebracht sein.

Auch eine andere Frage zitiert: Hatte denn der 18jährige junge Mensch keinen Vormund, da sein leidlicher Vater sich um ihn nicht kümmerte? Er war in höchstem Maße ansehungsbedürftig. Als der Jugendfürsorger sich seiner im Gefängnis annahm, war er ihm dafür sehr dankbar und bat ihn, nach seiner Befreiung für ihn zu sorgen; er dachte wohl nicht, daß er zu 2½ Jahren Jugendhaus verurteilt werden würde. Wäre früher jemand da gewesen, an den er sich vertrauensvoll hätte wenden können, es wäre wohl nicht zum verhängnisvollen Schluß gekommen.

Aufgabe der Schule, der Volks- wie der höheren Schule, geschweige denn Aufgabe der Hochschule in jeder gesunden Volksgemeinschaft, müßte es sein, sozialen Anschauungsunterricht als Lehrfach dem Lehrplan einzugliedern. Der junge Mensch soll aus eigener Anschauung, natürlich seinem Alter und Verständnis angepaßt, die sozialen Einrichtungen und die sozialen Schäden der Zeit kennen lernen. Von diesen Gesichtspunkten aus war es freudig zu begrüßen, daß die Oberklasse einer Mädchenhandelschule und die Prima eines Realgymnasiums sich kürzlich in einem Gerichtssaal in Moabit zur Verhandlung gegen den 18jährigen H. einfanden, der angeklagt war, gegen seinen Vater den Schuß abgegeben zu haben. Vielleicht hätte man für die jungen Mädchen noch einen anderen, geeigneteren Fall gewünscht. Daß die Verhandlung auf die jungen Menschen einen großen Eindruck gemacht hat, konnte man aus ihren Gesichtern ablesen. Daß sie ein reges Mitgefühl mit dem jungen Menschen empfanden, daß sie das Urteil als grausam empfanden, sah man ihnen wohl an. Vielleicht denken sie zu Hause über die Tüde des Schicksals nach, über die Ungerechtigkeit der Buchstabenjurisprudenz und gehen für sich die eine oder andere Lehre für ihren zukünftigen Beruf. Man müßte wohl wünschen, daß diese Besuche von Gerichtsverhandlungen, an die sich von purer Menschlichkeit getragene Ausprägungen mit ihren Lehrern knüpfen müßten, nicht nur vereinzelt stattfinden. Besonders rühmlich wäre dies für die Studenten der juristischen Fakultät. Denn wenn jemandem soziale Einstellung nottut so doch in erster Linie den angehenden Richtern und Staatsanwälten. Unser Volksleben liegt schwer daneben an der sozialen Verstandlosigkeit.

### Das „erprehte“ Geständnis.

Durch fortgesetzte Diebstähle an Benzin, Öl und Autodecken ist die Gasbetriebsgesellschaft in der Gütlicher Straße empfindlich geschädigt worden. Kriminalkommissar Kantschak schritt zu einer überraschenden Festnahme sämtlicher ermittelten Täter und Hehler, und zwar drei Chauffeuren und zwei in Steglitz wohnhaften Garagenbesitzern. Unter dem Druck der Umstände waren alle geständig. Anders verhielten sich die Angeklagten in der Verhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte. Hier sollte der Kriminalkommissar Kantschak das Opfer sein, um das Geständnis widerrufen zu können. Die Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Juliusburger II., gipfelten in der Feststellung, der Kommissar hätte den Festgenommenen ein Strafgesetzbuch vorgelegt und sie auf die Höhe der zu erwartenden Strafe aufmerksam gemacht. Hierauf erwiderte der Staatsanwalt, es sei doch unmöglich, aus der Sache eine Aussageerpressung konstruieren zu wollen, er könne eher in dem Vorhalt des Kommissars eine Warnung zu besonderer Vorsicht erblicken. Auch sei die Festnahme der Täter vollkommen berechtigt gewesen, da dringender Tatverdacht, Verdunkelungsgefahr und Gefahr im Verzuge vorlag, zumal die beiden Stieglitzer Garagenbesitzer im Verdacht eines Verbrechens, nämlich der gewohnheits- und gewerbmäßigen Hehlerlei, gestanden hätten. Das Gericht hielt

die Form der Verteidigung der Angeklagten nicht für geeignet, diese einer besonderen Würde für würdig zu halten. Es verurteilte die Garagenbesitzer wegen fortgesetzter Hehlerlei zu je 3 Monaten, die Chauffeure zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu drei Monaten, da kein Zweifel bestand, daß sie in der Verhandlung die Unwahrheit, dagegen vorher die Wahrheit gesagt hätten.

## Aufruf zur Wahl

### der Konsumgenossenschafts-Generalsammlungsvertreter

Am Sonntag, den 15. März,

von vormittags 9 bis nachmittags 1 Uhr findet die Wahl der Vertreter zur Generalsammlung der Konsumgenossenschaft statt. Diese Wahl entscheidet über die Zusammensetzung der höchsten Instanz, die für alle wichtigen Beschlüsse maßgebenden Genossenschaftsparlament. Von dem Ausgang der Wahl hängt somit das fernere Geschick der Berliner Verbraucherorganisation ab.

Zwei Vorschlagslisten stehen sich in allen Wahlbezirken gegenüber, worin unterscheiden sie sich?

#### Die Liste Genossenschaftsaufbau

empfehlen, die ihre Pflicht darin erblicken, am Werk der Genossenschaft im Geist der Gründer der Genossenschaftsbewegung, der redlichen Planiere von Reichde, weiterzuarbeiten; unter Beachtung der im Jahre 1844 proklamierten Grundzüge der 28 armen englischen Weber sind die Genossenschaften im allgemeinen und mit ihnen die Berliner Konsumgenossenschaft zur gegenwärtigen Blüte geblieben. Die Vertreter der Liste Genossenschaftsaufbau legen sich ein für Demokratie in der Organisation, d. h. für das Selbstbestimmungsrecht und für volle Gleichberechtigung der Mitglieder; ihre Parole ist: Alles für und durch die Mitglieder!

#### Die kommunistische Liste

verfolgt das einzige Ziel, die Konsumgenossenschaften zum Werkzeug der zerschenden kommunistischen Parteibestrebungen zu machen. Die kommunistische Partei fordert willenslose Unterordnung jedes Vertreters unter ihre Kontrolle, ja, sie fordert sogar materielle Unterstützung der kommunistischen Partei und der kommunistischen Presse mit den Geldern der Genossenschaft. In dem „praktischen Arbeitsprogramm“ des dritten kommunistischen „Weltkongresses“ wird von den Genossenschaften direkt verlangt: „Materielle Unterstützung der kommunistischen Partei und ihrer Presseorgane.“ Nicht das Interesse der Genossenschaftsmitglieder ist maßgebend für die Tätigkeit der kommunistischen Vertreter, sondern einzig und allein die Aufrechterhaltung der Konsumgenossenschaft für die kommunistische Zerführungsarbeit.

#### Genossenschaftsmitglied!

Wollt ihr denken, daß euer in fünfundsiebenzigjähriger mühevoller Arbeit aufgebautes Werk den kommunistischen Wirkkräften ausgeliefert wird?

Nein! Nein! Nein! wird und muß eure tausendstimmige Antwort sein!

### Nun — die Entscheidung fällt am Sonntag, am Wahltag. Wählt einmütig die Liste Genossenschaftsaufbau!

Die Wahllokale sind in den Verkaufsstellen durch Anschlag bekanntgegeben. Als Wahllegitimation dient das Genossenschafts-Mitgliedsbuch.

### Fraktion Genossenschaftsaufbau (SPD.) der Konsumgenossenschaft.

### Zur Bekämpfung der Volksseuchen.

#### Eine Gesundheitswoche für Berlin.

Vorbereitende Gesundheitspflege ist nicht denkbar ohne Belehrung breiter Volksschichten über Krankheit und Hygiene. Die Krankenkassen haben schon vor einer langen Reihe von Jahren solche Aufklärungsarbeit als ihre Aufgabe angesehen und sie zu erfüllen sich nach Kräften bemüht. Demselben Zweck will jetzt eine groß angelegte Veranstaltung dienen, eine für Berlin in den Tagen des 16. bis 21. März stattfindende Gesundheitswoche, mit der die Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsorganen Groß-Berlins (Orts- und Betriebskrankenkassen, Berufsgenossenschaften, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung) und das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin sich an die gesamte Bevölkerung wenden. Geplant sind etwa 150 öffentliche Vorträge von Ärzten, die in Schulanstalten und auch in Großbetrieben Berlins und der Vororte über Tuberkulose, über Geschlechtskrankheiten und über die Gesundheitschancen der Großstadt sprechen werden. Durch Lichtbilder und Filme soll die Anschaulichkeit und Eindringlichkeit gesteigert werden, und auch den Kundent will man in den Dienst dieser Aufklärungsarbeit stellen. Beachtet wird, in der Gesundheitswoche auch die Schulkinde durch besondere in den Schulen zu haltende Vorträge über Gesundheitsfragen zu belehren. In einer großen Eröffnungsversammlung, die am 16. März im Festsaal des Berliner Rathauses stattfindet, werden sprechen u. a. Bürgermeister Scholz, Professor Dr. Göttsche, Professor Dr. His, Stadtmedizinalrat Professor Dr. v. Drigalski. Diese erste Berliner Gesundheitswoche ist ein Versuch, dem man allgemeinste Beachtung und bestes Gelingen wünschen muß.

#### Strafkammerung im Krankenhaus.

Ein im Justizverfahren äußerst seltener Fall, eine Gerichtsverhandlung im Krankenhaus stattfinden zu lassen, ist vor der Potsdamer Großen Strafkammer zur Tatfache geworden. Um einen Angeklagten, in diesem Falle einen Reichwehrgeldaten, der wegen Hehlerlei zu vier Monaten Gefängnis verurteilt war und wegen das Urteil Berufung eingelegt hat, nicht so lange in Haft behalten zu müssen, weil zwei Hauptzeuginnen wegen Krankheit nicht zur Verurteilung an Gerichtsstelle transportiert werden konnten, entsand sich das Gericht unter dem Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Dr. Hellwig die Verhandlung im Städtischen Krankenhaus zu Potsdam stattfinden zu lassen, in dem die beiden Zeuginnen untergebracht sind. Die Verwaltung hatte einen großen Saal als Verhandlungssaal zur Verfügung gestellt. Der Angeklagte hatte mit einer der Zeuginnen, einer Hausangestellten, ein Verhältnis gehabt und von dieser einen großen Teil Sachen erhalten, die sie ihrer Herrschaft entwendet hatte. Die Zeugin wurde von einer Fürsorgebeamten in den Saal geführt und sofort nach ihrer Vernehmung wieder entlassen. Die zweite Zeugin wurde in ein Schwesterzimmer getragen und das Gericht begab sich dorthin, um ihre Vernehmung und Verurteilung vorzunehmen. Das Gericht hielt trotz schwerer Verdachtsmomente die Schuld des Angeklagten nicht für voll erwiesen und sprach den Angeklagten auf Staatskosten frei. Der Haftbefehl wurde sofort aufgehoben.

#### Sie wollen nur Kanonenfutter!

Vor kurzer Zeit fand in der Dorotheenschule in Rönne eine Versammlung der Kinderreichen statt. Hierzu waren die städtischen Behörden und die Bezirkskassen geladen. Zum größten Erfreuen der Anwesenden begann der Redner, der Generalsekretär des Landesverbandes der Kinderreichen, Herr Föllner, seinen Vortrag mit recht heftigen Ausfällen gegen die Republik und die Verfassung von Weimar. Er forderte für Deutschland das „Vierländerregiment“, damit wir nicht eben so wie Frankreich zum Aussterben verurteilt werden. Kaiserreich und reichlicher Kinderlegen bringen Deutschland allein auf die Höhe und machen es hart, zur gegebenen Zeit den Versailles Vertrag

abzuschütteln.“ In diesem Sinne ging es bis zum Schluß. Kein einziges Wort, wie die schwere wirtschaftliche Lage der Kinderreichen Familien gebessert werden könne, sondern nur echi deutschnationale Phantasereien, nach denen künftige Generationen nur Wert haben, wenn sie als Kanonenfutter zu gebrauchen sind. Eine Genossin kennzeichnete in der Diskussion die ganze Art dieses Heeres und seiner deutschnationalen Freunde. Sie zeigte der Versammlung, wie die Rechtsparteien in Wirklichkeit das schwere Los der Kinderreichen durch neue Zölle und indirekte Steuern noch unenträglich zu machen gedenken. „Behe euch, ihr Kinderreichen, wenn ihr glaubt, die Deutschnationalen hätten soziales Verständnis. Nicht der Bund der Kinderreichen unter deutschnationaler Führung, sondern nur die Sozialdemokratie tritt trotzdem ein für alle berechtigten Wünsche.“ Starke Beifall bewies, daß unjüdische Genossin für ihre Ausführungen viel Verständnis fand.

### Ein verhängnisvoller Irrtum.

#### Das Fieber des Fahrdienstleiters.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß, der sich zwischen zwei Rangierzügen auf dem Anhalter Bahnhof am 9. Oktober v. J. ereignete und der den Tod eines Rangierers zur Folge hatte, beschäftigte jetzt das Große Schöffengericht Schöneberg.

Der Fahrdienstleiter Julius Fürstnow hatte am 8. Oktober von 10 Uhr abends bis zum 9. Oktober 6 Uhr früh Dienst am Stellwerk Mim des Anhalter Bahnhofs. Gegen 4 Uhr früh meldete er dem benachbarten Stellwerk einen aus der Richtung des Anhalters kommenden Rangierzug für das Gleis 3 an. Das Nachbarstellwerk gab dem Angeklagten sofort durch den Morse-Apparat die Weisung, den Zug warten zu lassen, da das Gleis von einem anderen Rangierzug zum Bahnhof besetzt wäre. Der Angeklagte las aber die Meldung „warten“ falsch und hielt es für eine Zustimmung. Deshalb ließ er den Zug einfahren und es erfolgte ein Zusammenstoß. Der auf dem ersten Wagen des entgegenkommenden Zuges stehende Rangierer Schwenzler wurde von der Lokomotive gegen den Wagen gedrückt und zu Tode gedrückt. Ein Rangierer, der auf dem letzten Wagen des anderen Zuges stand, wurde hinuntergeschleudert, erlitt aber nur leichte Verletzungen. Mehrere Wagen kamen zur Entgleisung. Fürstnow hatte sich jetzt wegen fahrlässiger Transportgefährdung und fahrlässiger Leitung zu verantworten. Er gab zu, daß er einen verhängnisvollen Irrtum begangen habe, jedoch die Schuld aber seinem Krankheitszustand zu, da er an Influenza erkrankt gewesen sei, so daß er kein Bismarck vor den Augen gehabt hätte. Als Entschuldigung dafür, daß er sich nicht krank gemeldet habe, führte er an, daß es aus Furcht vor einem Abbau von ihm unterlassen worden sei. Durch den Bahnarzt wurde auch bestätigt, daß der Angeklagte sich im Fieberzustande befunden habe. Justizrat Margoninoff machte weitestgehende Milderungsanträge für den Angeklagten, der sich bisher einwandfrei geführt hatte, geltend. Das Gericht glaubte dem Angeklagten, daß er krank gewesen sei. Er hätte aber als ein Beamter auf einem so verantwortungsvollen Posten, der auch wissen mußte, welche schwere Folgen das kleinste Versehen haben könnte, sich rechtzeitig krank melden lassen. Daher habe er schuldig gehandelt. Das Gericht bewilligte ihm jedoch weitestgehende Milderungsanträge und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis. Für die Strafe erhielt er ohne weitere Einschränkung zwei-jährige Bewährungsfrist.

### Der neue Stadtverordnetenvorsteher in Nowawes.

Die Hoffnungen des Bürgerblocks in Nowawes sind nicht nur bei der Stadtverordnetenwahl, sondern auch gestern bei der Wahl des Vorstandes des Stadtparlamentes zu Wasser geworden. In der gestrigen Sitzung, die der Bürgermeister Rosenthal mit einem warmen herzlichen Nachruf für den Reichspräsidenten Goltz eröffnete, erfolgte die Wahl des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung. Zum Vorsteher wurde unser Genosse Gewerkschaftssekretär Paul Fielmann gewählt, zum Stellvertreter der Prokurist Duarpe (Dem.). Als Beisitzerin wurde die Kommunistin Frau Müller berufen. Die Versammlung beschloß, den Magistrat mit drei Befehlshabern und sieben unbefehlhabenden Stadträten zu besetzen. Die Wahl des Magistrats wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

### Große Siedlungspläne bei Welten.

In aller Stille, aber mit jäherer Kusdauer hat die Verwaltung der Gemeinde Welten (Vorsteher H. D. Ziegler), zusammen mit der Gemeinnützigen Siedlungs- und Kriegerheimstätte L.-G. in Pantom (Direktor Wasmuth) einen großzügigen Siedlungsplan entworfen, der in absehbarer Zeit zur vollen praktischen Auswertung gelangt sein wird. Dann wird Welten mit seinen riesigen Industrien ein zweites Eisen sein. Aus Hunderten von Schloten wird Dampf und Rauch von dem Wirken vieler laufender Arbeiter künden. Starke Anläufe sind bereits gemacht. Einzelne Siedlungen sind schon bemohnt. Kein allgemeiner Charakter der Häuser, vielmehr sorgte das Zusammenwirken zahlreicher Architekten für erfrischend wirkende Abwechslung. Ein- und Zweifamilienhäuser mit Garten stehen, größere für 12 bis 14 Familien sollen in Albars, Jepernitz, Borgdorf usw. ihre Stätte finden. Schon jetzt haben Energie und Weidlichkeit aus abertausend Morgen Dedland ein wunderbares, anheimelndes Stück Erde geschaffen. Im ganzen sollen fast eine Million von Arbeitern und Angestellten Unterkunft finden können. Ueber 10 000 Morgen stehen zur Verfügung. Ein Siedlungsplan von Welten zum Großschiffahrtsweg ist bereits gebaut, ebenso ein holländischer Hafen. Jetzt sind zahlreiche Arbeiter auf mächtigen Baggermaschinen, einer Kleinbahn u. a. m., dabei, einen über 5 Kilometer langen Industrietunnel in das Gelände zu bringen. Keine Kasernierung ist der gesunde Grundgedanke, den man überall verpürt.

## Die erste Bedingung

für jede gut geleitete Küche ist die Verwendung bester Zutaten für die Bereitung der Mahlzeiten. Aus diesem Grunde ist

### Dr. Oetker's „Gustin“

in der einfachen sowie feinen Küche allgemein beliebt. — Der Gebrauch von Dr. Oetker's Gustin ist außerordentlich vielseitig. Man nimmt Gustin, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken. Außerdem bereitet man mit Gustin Puddings, Cremes, Suppen, Kuchen, Torten, Milch- und Fruchtschameris, ideale Kinderspeisen und Krankenspeisen aller Art. Ein Versuch wird jede Hausfrau beiriedigen.

Sie kaufen Dr. Oetker's Gustin in „Originalpackchen“ mit der Schutzmarke „Oetker's Hellkopf“ zum Preise von 33 Pfg. in allen einschlägigen Geschäften.

Besondere „Gustin-Rezepte“ erhalten Sie kostenlos ebendasselbst oder wenn vergriffen gratis und franko von

## Dr. A. Oetker, Bielefeld.



**KATHREINERS MALZKAFFEE**

ist doch der wirkliche Ersatz für den heute so teuren Bohnenkaffee! — 1 Pfund nur 50 Pfg. —



# Der verbesserte Index.

Im vergangenen Jahre mochte sich immer deutlicher bemerkbar, daß der vom Statistischen Reichsamt berechnete Index der Lebenshaltungskosten seine Funktion änderte; aus einer Maßzahl für die Bewegung der Teuerung war ein Vergleichsmaßstab zwischen den Vorkriegs- und Nachkriegsständen geworden. Das führte zu sehr berechtigten Einwendungen, denn der Index war sichtbarlich nicht mehr ein fehlerloser Vergleichsmaßstab mit dem Preisstand der Vorkriegszeit. Es kam zu energischen Vorstellungen der Gewerkschaften, zumal die Reallohnberechnungen auch sonst noch erhebliche Mängel aufwiesen. Das Statistische Reichsamt hat dann, und damit folgte es wohl auch seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit des Index, die Veröffentlichung von Reallohnberechnungen eingestellt und zugleich die Reichsindexkommission zur Beratung über eine Reform zusammenberufen, über deren Ergebnisse hier in großen Zügen berichtet wurde.

## Die Neufestsetzung der Ernährungsration.

Bei der gründlichen Betrachtung der alten Teuerungsziffer schloßen sich bald drei Hauptfragen heraus. Es war zu untersuchen, ob das dem alten Index zugrunde liegende Wertigkeitsschema in der Ausgaben-Gruppe „Ernährung“ nach der Wirklichkeit entsprach, weiter war zu prüfen, ob der prozentuale Anteil der einzelnen Ausgaben-Gruppen an der Gesamtlebenshaltung die realen Verhältnisse spiegelte, und drittens waren die Vorkriegsgrundlagen, die Ausgangsziffern der Indexberechnung, gründlich zu überholen.

Welche Änderungen die Indexkommission bei dem Wertigkeitsschema der Ausgaben-Gruppe „Ernährung“ für notwendig gehalten hat, das zeigt sich in der folgenden Zusammenstellung am deutlichsten, die die bisherige und die neue Familienration, auf einen Vierwochenbedarf errechnet, gegenüberstellt:

Lebensmittel	Bisher. Ration	Neue Ration
Roggenbrot	47 000 Gramm	40 000 Gramm
Weizenbrot	—	6 000
Roggenmehl	4 000	—
Weizenmehl	—	4 000
Mehrmittel	11 000	11 000
Kartoffeln	70 000	50 000
Gemüse	15 000	15 000
Rindfleisch	2 500	8 500
Schweinefleisch	500	1 500
Hammelfleisch	—	1 000
Inländischer Speck	1 500	500
Leberwurst	—	2 000
Inländische Butter	—	2 000
Margarine	2 250	2 000
Inländisches Schweinefett	2 250	2 250
Wagertüte	1 750	1 000
Halbfetter Käse	—	750
Eiweiß	1 500	—
Schokolade	1 000	1 500
Dorrobst	8 000	—
Ruder	8 500	8 500
Eier	10 Stück	28 Stück
Hollmilch	28 Liter	85 Liter
Bohnenkaffee	— Gramm	250 Gramm
Kaffee-Ersatz	—	1 250
Salz	—	1 000
Speisefalz	—	2 000

Der einfache Vergleich der beiden Zahlenreihen zeigt schon die wichtige Veränderung, die im Wertigkeitsschema der Ausgaben-Gruppe „Ernährung“ vor sich gegangen ist. Die erste Zahlenreihe

wird dabei nur voll verstanden, wenn in die Erinnerung zurückgerufen wird, daß sie im Winter 1919/20 geschaffen wurde, also in einer Zeit größten Lebensmittelmangels. Diese Ernährungsration erfuhr durch Neuaufnahme von Butter, Wurst und einer Anzahl Genussmittel und Gewürze (Kaffee, Kakao usw.), ferner durch Verdoppelung der Fleischmenge, Erhöhung der einbezogenen Anzahl Eier, Vermehrung der Milchration eine Erweiterung. Auf der anderen Seite wurden die bisher reichlich bemessenen Wertigkeitsszahlen für Brot und Kartoffeln herabgesetzt. Bei Brot, Fleisch und Käse wurden durch anteilmäßige Berücksichtigung von Weizenbrot, Hammelfleisch und Halbfettkäse bessere Qualitäten erzielt. An Stelle von Roggenmehl trat Weizenmehl.

Die Ernährungsration ist durch diese Umgestaltung in ihrem Eiweißgehalt um fast 20 Proz. erhöht worden.

Auch hier sei wieder betont, obwohl es an sich schon sinnesmäßig genug erscheint, daß die „Ernährungsration“ der Reichsteuerungsziffer mit einem „Existenzminimum“ nichts zu tun hat. Es gibt in Deutschland viele Proletarierfamilien, die bei weitem nicht so viel verdienen, daß sie die neue Ration des Index sich kaufen könnten. Wir heben das ausdrücklich hervor, weil im besonderen von kommunistischer Seite gern Wertigkeitsschema des Index und Existenzminimum — vielleicht nicht ganz aus Versehen — verwechselt werden.

## Wie sich die Aufwandskosten verteilen.

Die zweite Fragegruppe betraf die prozentuale Verteilung der einzelnen Ausgaben-Gruppen an der Gesamtlebenshaltung. Auch hier wollen wir die alten und die neuen Ziffern gegenüberstellen, sie zeigen am deutlichsten die Umgestaltung, die vor sich gegangen ist. Da es hier zum Glück auch einen Friedensmaßstab gibt, nämlich die feinerzeit (1907) statistisch unterrichteten Haushaltsrechnungen, so ist dieser in der nachfolgenden Tabelle mit einbezogen.

Der prozentuale Anteil der einzelnen Ausgaben-Gruppen an der Gesamtlebenshaltung (ohne Steuern und Versicherungen) beträgt nach der:

Ausgaben-Gruppe	bisherigen Berechnung	Friedensgrundlagen (Haushaltsrechnungen)	neuen Berechnung
Ernährung	56,11	53,85	54,77
Erziehung und Beleuchtung	7,04	4,98	5,55
Belieferung	13,37	10,16	10,65
Wohnung	23,49	19,15	20,35
Verkehr	—	1,44	3,07
Sonstiger Bedarf	—	11,54	6,21

Die Untersuchungen der Indexkommission ergaben, daß es von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung ist, ob der eine oder der andere Gegenstand in die Berechnung einbezogen wird. Das Hauptgewicht ist darauf zu legen, daß bei der Indexberechnung der prozentuale Anteil der einzelnen Bedarfsgruppen an den Gesamtlebenshaltungskosten mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmt, so daß also jede Gruppe bei dem Zustandekommen der Gesamtindexziffer den Einfluß auf deren Höhe ausübt, der ihrem wirklichen Gewicht zukommt.

Ein Vergleich der drei Zahlenreihen zeigt, daß die neuen Indexgrundlagen in den vier elementaren Bedarfsgruppen mit den Verhältnisziffern der Friedensgrundlage weitgehend übereinstimmen, gegenüber der bisherigen Berechnung hat in diesem Sinne eine Korrektur stattgefunden. Weiter ist aber die Grundlage der bisherigen Berechnung an sich noch ausgedehnt worden dadurch, daß jetzt die Ausgaben für Verkehr und „Sonstiges“ mit einbezogen werden. Es handelt sich um die Kosten der Körperpflege, der Reinigung, der Bildung und Unterhaltung und im besonderen um die Verkehrsausgaben (Eisenbahn, Straßenbahn- und Fahrrad). Die gegenüber der Vorkriegszeit veränderte Struktur der Ausgaben kommt darin zum Ausdruck, daß

heute der Anteil der Verkehrsausgaben im Gesamtbudget höher ist, während für sonstige Ausgaben heute weniger übrig bleibt als vor dem Krieg.

## Die umstrittenen Vorkriegspreise.

Der dritte Aufgabenteil der Indexreform, die Überprüfung der Vorkriegsgrundlagen, der Ausgangsziffern der Indexberechnung, war der schwierigste. Schon 1919/20 ist man vielfach von Annäherungswerten ausgegangen, weil genaue Grundlagen fehlten. Bei der Nachprüfung der Friedensgrundlagen für die Bekleidungspreise stellte sich teilweise die Notwendigkeit auf, fallend umfangreicher Korrektur der Friedenspreise heraus. Für die Nahrungsmittelpreise sind Tausende von Kontrollhebungen gemacht worden.

## Der Wert des neuen Index.

Die Reform des Index hat bekanntlich ergeben, daß sich im Durchschnitt des Februar nach der alten Methode eine Teuerungsziffer von 125,1 ergibt, während die neue Indexzahl für die gleiche Zeit 135,6 beträgt.

Wenn nun gefragt wird, ob die neue Indexziffer der Wirklichkeit völlig entspricht, oder anders, ob jetzt die Grundlagen der Indexberechnung wirklich einwandfrei sind, so ist die Antwort darauf sehr einfach. Vom Arbeitnehmerstandpunkt aus und auch als Teilnehmer an der Indexreform ist zu sagen, daß der neue Index der vollen Wahrheit — soweit das für einen Index überhaupt möglich ist — weitaus näher kommt als der alte, daß er aber immer noch Mängel aufweist.

Der sogenannte Unterfriedenspreis der Mieten, wie er in der Indexberechnung erfaßt wird, ist nach unserer Auffassung, da die Wohnungen im Werte gesunken sind, in Wirklichkeit ein Unterfriedenspreis; der Index erfaßt auch nicht die Kosten der Wiederaufstellung des in den jüngst vergangenen Jahren völlig heruntergewirtschafteten Proletarierhaushalts. (Dabei muß ebenso an die Verminderung des Hausgutes der sogenannten kleinen Leute, des Mittelstandes, gedacht werden). Die hohen Steuern, die gestiegenen sozialen Lasten und so manches andere berechnet der Index ebenfalls nicht. Im übrigen kann auch die Nachprüfung der Friedensgrundlagen überhaupt nicht ergriffen genug durchgeführt werden. Aber wenn diese Wünsche auch sämtlich berücksichtigt worden wären, eine andere Gefahr der Indexberechnung würde dadurch doch nicht beseitigt: je vollkommener man nämlich die Grundlagen einer Maßzahl macht, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß man sich von dem Lebensniveau der breiten Masse des Volkes hinwegbewegt! Die Teuerung erfaßt immer zuerst die einfachsten und lebensnotwendigsten Massenprodukte, während die Nahrungsmittel und sonstigen Bedürfnisse der gehobenen Lebenshaltung in ihrem Preisniveau wesentlich elastischer sind.

Und noch eine Frage ist zu erörtern: Inwieweit wird die neue Reichsteuerungsziffer sich auf Lohn- und Gehaltsverhandlungen auswirken? Dazu können wir nur sagen, daß wir mit der „Kölnischen Zeitung“ übereinstimmen, die am 8. März schrieb: „Ein Grund für die Forderungen nach Ueberprüfung der bisherigen Feststellungsmethode war doch der Wunsch, bei Lohnverhandlungen eine zuverlässigere Grundlage zu finden als bisher.“ Der reformierte Index ist diese zuverlässigere Grundlage, deswegen wird sie selbstverständlich bei den Lohnverhandlungen ihre Rolle zu spielen haben. Ebenso wie der Vertreter des Reichsfinanzministeriums und der Vertreter der Unternehmerverbände in der Indexkommission erklärten, daß die neue Indexziffer für sie keine Lohn- oder Gehaltsbindung darstelle, so werden die Arbeitnehmer-Organisationen sich nicht in ihren berechtigten Forderungen durch den neu gewonnenen Annäherungswert der Teuerung binden lassen. Das gleiche gilt auch für die Beweiskraft, die den nunmehr wieder auflebenden Reallohnberechnungen zuzubilligen ist.

Kurt Heinig, Mitglied der Reichsindexkommission.

# Wer vieles bringt



wie wir, hat bestimmt auch das Richtige für Sie. Und wer so fabelhaft niedrige Preise bringt wie wir, der erfüllt damit die Forderung der Stunde. Ein Versuch! — Und wir sind sicher, daß auch Sie zu unserer treuen Kundenschar zählen werden.



- | Kleider                                | Kostüme                                     |
|--|---|
| Cheviot ab 4 <sup>75</sup>             | Fantasic ab 12 <sup>50</sup>                |
| Popeline ab 8 <sup>75</sup>            | Cheviot ab 15 <sup>50</sup>                 |
| Gabardine ab 9 <sup>00</sup>           | Gabardine ab 29 <sup>00</sup>               |
| Ripsware ab 15 <sup>00</sup>           | Ripsware ab 35 <sup>00</sup>                |
| Trikoi (Kunstseide) ab 4 <sup>50</sup> |   |
| Zur Einsegnung                         | Blusen                                      |
| Stoff-Kld. ab 6 <sup>50</sup>          | Flanell (Baumwolle) ab 95 Pl.               |
| Samt-Kld. ab 19 <sup>50</sup>          | Zephir ab 1 <sup>95</sup>                   |
|  | Kasacks (schöne Muster) ab 3 <sup>95</sup>  |
|  | Trik.-Jump. (Kunstseide) ab 2 <sup>75</sup> |
| Mäntel                                 | Röcke                                       |
| Fantasic ab 5 <sup>75</sup>            | Sport ab 2 <sup>25</sup>                    |
| Covertcoat ab 6 <sup>50</sup>          | Donegal ab 2 <sup>75</sup>                  |
| Einfarbige ab 9 <sup>75</sup>          | Cheviot ab 3 <sup>75</sup>                  |
| Gabardine ab 19 <sup>50</sup>          | Gabardine ab 9 <sup>75</sup>                |
| Ripsware ab 25 <sup>00</sup>           |   |
| Lederol ab 17 <sup>50</sup>            |   |

**Besonders beachtenswert** für Sie und letztmoder ist dies praktische Kostüm. Reinwoll Gabardine, jaloustierig gesetzte Tresse. Drei-Knopfschluß, auch hoch zu schließ. Jede auf halbseld. Serge, nur **32<sup>50</sup>**

**Kasack-Mantel** Diese schlank-mechende Form ist auch für Sie vorteilhaft und darf in Ihrer Garderobe nicht fehlen. Guter Gabardine mit Tressen. Vierknopfschluß nur **39<sup>00</sup>**

Königstraße 33  
Am Bhf. Alexanderplatz  
Chausseest. 113  
Beim Stettiner Bahnhof  
(Untergrundbahnstation)

Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Die Hauptzeugen in Magdeburg.

Gröner, David, v. Stein, Noske und Weisberg über die Landesverteidigung der Sozialdemokraten.

BS. Magdeburg, 11. März.

Nach der Verlesung der Niederschrift Friedrich Eberts wurde Reichsminister a. D. Gröner vernommen, der, wie schon in der ersten Instanz, erklärte: Mir ist nicht bekannt, daß die Reichssozialdemokratie die Wehrmacht des Deutschen Reiches geschädigt hat.

Das deutsche Volk weiß heute noch nicht, was es dem verstorbenen Reichspräsidenten verdankt.

Er stand ganz auf dem Boden der Landesverteidigung und ist niemals davon abgewichen.

R.-A. Dr. Martin: Hat Hindenburg nicht den bekannnten Hundsfottbrief geschrieben, der 1917 in den Betrieben angehängt war und jeden Streikenden einen Hundsfott nannte?

Zeuge: Der Autor dieses Briefes bin ich, Herr Rechtsanwalt Staatsanwalt Dr. Dahmann. Sind Sie der Ansicht, Herr Zeuge, daß Herr Ebert während des Krieges einen Streik nicht als Landesverrat ansah?

Zeuge: Ich bin davon überzeugt, daß Herr Ebert nie etwas getan hat, um im Kriege einen Streik anzuzetteln oder ihn gar zu stärken.

R.-A. Dr. Martin: Ist Ihnen bekannt, Czjzensky, daß der Munitionsarbeiterstreik die Offensive bei Reims schwer geschädigt hat?

Zeuge: Die Offensive bei Reims ist aus ganz anderen Gründen gescheitert.

Mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg wandte sich die Weltproduktion gegen uns und brachte uns in die schwierigsten Situationen. Ich möchte aber ein für allemal bemerken, daß die operativen Entscheidungen dieses Krieges niemals durch Munitionsarbeiterstreiks beeinträchtigt worden sind.

R.-A. Dr. Luetgebrune: Czjzensky, ich möchte ganz allgemein Ihre Meinung darüber haben, wie damals ein Munitionsarbeiterstreik wirken mußte.

Zeuge Gröner: Selbstverständlich mußte jeder Streik eine Minderproduktion an Munition zur Folge haben und so die Stoffkraft des Heeres herabmindern. Aber es kam nicht nur darauf an, wieviel Munition auf einem Haufen vorhanden ist, sondern wie über ihre Verteilung disponiert ist.

An die Vernehmung Grönners schloß sich die Verlesung des aus der ersten Instanz bekannnten Schusses des Generalfeldmarschalls Hindenburg an den verstorbenen Reichspräsidenten an.

Dann folgte die Vernehmung des

Reichstagsabgeordneten Dr. David.

Der Zeuge gab auf Befragen an, daß die Mehrheitssozialdemokratie stets die Interessen der Landesverteidigung wahrgenommen habe. Ebert sei als Vorsitzender der Partei der Turm gewesen, um den sich bei der Spaltung der Partei diejenigen Kräfte geschart haben, die nicht von der Spaltung der Landesverteidigung abweichen wollten.

Der Angelpunkt der Parteisplaltung ist die Landesverteidigung gewesen. Als der Kampf mit Rußland entschieden war, hat Ebert wieder unterstrichen, daß im Westen noch unsere Gegner stehen, die zu keinem annehmbaren Frieden bereit sind, und daß wir nach wie vor zu unserem Lande stehen müßten.

Auf entscheidende, seine politische und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabdrückende Bedingungen wird das deutsche Volk niemals eingehen! Es will den ehrenvollen Frieden für alle. Da die Gegner uns einen solchen Frieden bis auf den heutigen Tag verweigern, so werden wir auch dieses Mal die Mittel bewilligen, die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens erforderlich sind.

Im September 1918 führte er im Partelausschuß aus:

Ich kann aber doch nicht zugeben, daß die Stimmung so ist, daß namentlich eine Hoffnungslosigkeit und der Gedanke, Frieden um jeden Preis, in weiten Kreisen Fuß gefaßt hätte. Die militärischen Dinge sind schwierig, aber es ist nicht daran zu zweifeln, daß wir schließlich wieder Festigkeit erlangen werden, und wo man auch hinschaut und auf die großen Gefahren unserer Zukunft aufmerksam macht, da bekommt man die verständige Antwort, daß ein allen Frieden um jeden Preis überhaupt nicht gedacht werden kann.

Rede im Internen Kreis, drei Tage vor dem Zusammenbruch Bulgariens, acht Tage vor dem Zusammenbruch der Türkei, acht Tage vor dem Eintritten des Telegramms der Obersten Heeresleitung, das sofortige Waffenstillstands- und Friedensangebote verlangte, also vor der offiziellen Verkündung der deutschen Niederlage.

Ebert hat also bis in die letzten Tage hinein die Auffassung vertreten: Wir dürfen nicht von der Linie der Landesverteidigung abgehen.

Der Zeuge schildert dann, wie Ebert es durchgeföhrt hat, daß die Reichssozialdemokratie Räder in die Regierung des Prinzen Max schickte und die Verantwortung für die fürchterliche Situation übernahm. Wenn Ebert jetzt die Linie der Landesverteidigung verlassen hätte, hätte er sich in Widerspruch mit sich selbst gesetzt und einen Bruch vollzogen mit unserer ganzen Politik.

Auf eine Frage erklärt der Zeuge: Die elastische Taktik, in einen Streik einzuspringen, den man nicht billig, ist eine bekannnte Taktik, wenn ein Streik gegen den Willen der Führerschaft aus-

bricht. Die Führer treten dann noch in die Bewegung ein, um die Leitung in die Hand zu bekommen und sie zu einem guten Ende zu führen. So haben wir die Dinge damals.

Auf eine Frage der Verteidigung bestätigt der Zeuge, daß die Sozialdemokratie bei Kriegsbeginn

Hermann Müller nach Paris geschickt

hat, um sich zu orientieren über die Stellungnahme der sozialistischen Partei in Frankreich. Als Müller zurückkam, sei aber die Entscheidung schon gefallen und die Kriegskredite bewilligt gewesen angesichts der großen Gefahr, die von Rußland drohte.

Auf eine Frage des Verteidigers Luetgebrune, ob ihm bekannt sei, daß Hindenburg dem Kriegsantrag gegenüber jeden Streik als eine Schädigung der Landesverteidigung bezeichnet habe, erklärt David, das entspreche auch unserer Auffassung. Das steht nicht im Widerspruch dazu, daß Ebert trotzdem in die Streikleitung eintrat. Das bedeuete sich vielmehr vollkommen mit seiner Haltung.

Nach der Mittagspause beantragte die Verteidigung, den ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dandl als Zeugen dafür zu laden, daß die bayerische Sozialdemokratie im Gegensatz zu der Berliner Parteileitung dem Munitionsarbeiterstreik gegenüber eine scharf ablehnende Haltung eingenommen und jede Beteiligung rundweg abgelehnt habe.

Als nächster Zeuge wurde dann

Kriegsminister a. D. General v. Stein

vernommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Stellung die Sozialdemokratische Partei zur Landesverteidigung eingenommen habe, erklärt der Zeuge zunächst, daß er mit Ebert nie persönlich gesprochen habe. Er wisse nur, daß dieser an den diesbezüglichen Verhandlungen im Reichstag teilgenommen habe.

Dorf: Ist Ihnen bekannt, ob der Munitionsarbeiterstreik im Jahre 1918 einen besonderen Schaden verursachte?

Zeuge: Unsere Lage war gegenüber den feindlichen Massen ziemlich schwierig. Wir mußten mit Munition sparen und hörten im Schützengraben oft Klagen, daß die Artillerie nicht schießt. Wie hoch sich der materielle Schaden des Munitionsarbeiterstreiks belief, weiß ich nicht, daß er einen allgemeinen Schaden hervorgerufen hat, ist natürlich nicht zu bezweifeln.

Auf Befragen des Rechtsanwalts Bindemald gibt der General weiter an, daß die SPD. u. a. seinerzeit auch gegen den vaterländischen Unterrikt protestiert habe.

Dorf: Dabei handelte es sich aber doch nur um Kleinigkeiten, aus denen sich nicht sagen läßt, daß die hinter diesen Beschwerden stehenden dem Ganzen etwas Schlechtes anhängen wollten.

Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune verlies dann auf verschiedene Verfügungen militärischer Stellen, wonach jede Arbeitseinstellung eine unfähbare Schuld am Heer und an den Räumern im Schützengraben bedeute. Der Zeuge bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung, ohne jedoch angeben zu können, ob das Kriegsministerium an diesen Verfügungen beteiligt gewesen sei. Auf weitere Fragen der Verteidigung bestätigt der Zeuge auch, daß die SPD. gegen den Belagerungszustand Sturm gelaufen sei.

R.-A. Dr. Martin: Ist es richtig, daß der Abgeordnete Ebert die Bewilligung des Etats wiederholt von der Bewilligung von Forderungen durch die Regierung abhängig gemacht hat?

Zeuge: Darüber bin ich nicht unterrichtet, ich weiß aber wohl, daß die Sozialdemokratie wiederholt gedroht hat, sie werde die Führung der Massen verlieren, wenn bestimmte Forderungen nicht bewilligt würden.

Als nächster Zeuge erschien

Oberpräsident Noske (Hannover).

Er erklärte zunächst, daß die Frage, ob durch eine revolutionäre Bewegung eine Beendigung des Krieges möglich sei, nicht erst im Jahre 1918 zur Erörterung gestanden habe. Vielmehr hätten sich bei der Flotte schon 1917 Sabotage-Versuche und revolutionäre Reizungen bemerkbar gemacht.

Zeuge Noske: Ich kann mich nicht auf jede Sitzung besinnen, weiß aber, daß von der Streikgefahr damals allgemein gesprochen wurde.

Dorf: Wie war die Stellung der SPD. zu den Kriegsfordernungen?

Noske: Es ist mir unverständlich, wie bei gutem Willen jemand Zweifel daran haben kann, daß die SPD. zur Landesverteidigung alles zu tun gewillt war, was von Notwendigkeit war. Ich selber, der ich häufig als Redner zur Heeres- und Flottenfrage im Reichstag gesprochen habe, muß mich auf das entschiedenste dagegen wahren, daß mir unterstellt wird, ich hätte auch nur eine Minute lang eine Politik getrieben, die die Landesverteidigung schwächen müßte.

Oberpräsident Noske verlies dann darauf, daß seine Reichstagsreden zum Baralong-Fall einen außerordentlich fürmischen Beifall gefunden hat und daß er Dugende von Briefen mit Worten der höchsten Anerkennung von hohen Marineoffizieren erhalten habe. Er fuhr dann fort:

Ich, der ich jahrelang im engsten Verhältnis zu dem verstorbenen Reichspräsidenten stand, weiß auch von ihm, daß er ohne den leisesten Zweifel stets gewillt war, alles in seiner Kraft stehende zu tun, um eine Niederlage von Deutschland abzuwenden.

Das beweise auch seine politische Betätigung in den Tagen, als die Balkanfront zusammenbrach und in der Regierung allgemeine Koppllosigkeit herrschte. Damals hat er sich ziellos dafür eingesetzt, daß die Sozialdemokratische Partei in die Regierung des Prinzen Max von Baden eintrat. Ich weiß, mit welcher Rücksichtslosigkeit er sich bemüht hat, das Hebel und das Chaos von Deutschland abzuwenden. Es wäre der vollendetste Widerspruch, wenn wir Ende des Jahres 1918 den Versuch einer letzten Kräftanstrengung zur Rettung Deutschlands machten und vorher eine Politik getrieben hätten, die die Widerstandskraft Deutschlands verurteilt hätte. Als die ersten Nachrichten von dem bevorstehenden Zusammenbruch auf dem Balkan kamen, war Ebert der führende Kopf, während der Reichskanzler ein Bild verzweifelter Hilflosigkeit war. Ebert und wir sind es gewesen, die sofort zugehört haben, um zu retten, was zu retten war. Es ist mir unverständlich, wie jemals die absurde Ansicht aufkommen konnte, Ebert, der gerade damals sich die größten Verdienste um die Aufrechterhaltung unseres Kampfwillens erworben hat, einen Vaterlandsverräter zu nennen.

Generalstaatsanwalt Storb: Ist dem Zeugen bekannt, wie der verforborene Reichspräsident zu der Frage eines Streiks in der Rüstungsindustrie stand?

Oberpräsident Noske: Ich kann auf das bestimmteste versichern, daß Ebert grundsätzlich Gegner eines Rüstungsstreiks war.

Zu längeren Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen und der Verteidigung kam es dann über die Frage der Einflüsse des sozialdemokratischen Parteivorstandes auf das Parteiorgan, den „Vorwärts“. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Luetgebrune, ob in politisch so bewegten Zeiten, wie den damaligen, nicht ein selbstständiger Kontakt zwischen Parteivorstand und Parteiorgan bestanden habe, erklärt der Zeuge Noske, daß eine Rührungnahme selbstverständlich bestanden habe, daß es aber nie dahin gekommen sei, daß der Parteivorstand eine Art Zensur ausübt habe.

Der nächste Zeuge war

General v. Weisberg,

der während des Krieges Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements war.

Dorf: Ist Ihnen bekannt, ob die SPD. der Reichsregierung vor allem dem Kriegsministerium, Schwierigkeiten gemacht hat, wenn es sich darum handelte, gewisse Forderungen zu bewilligen, die im Interesse der Landesverteidigung notwendig waren?

Zeuge:

Ich muß zugeben, daß die Sozialdemokratie Kriegskredite stets widerstandslos genehmigt hat, aber auf der anderen Seite hatte die Regierung unter den Schwierigkeiten zu leiden, die ihr von der Partei wegen des Kriegsjustandes und der Zensur bereitet wurden.

Der Zeuge betont dann weiter, daß die Haltung des „Vorwärts“ dem Gedanken des Durchhaltens viel Abbruch getan habe. Seit 1914 schon hätten seine Artikel dazu beigetragen, die Stimmung an der Front und im Lande zu schwächen, während die ausländischen Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit von einer siegreichen Beendigung des Krieges im Sinne ihrer Länder eingestanden seien. Auch in der Frage der militärischen Jugendausbildung habe sich die Sozialdemokratie scharf ablehnend verhalten.

R.-A. Dr. Martin: Ist Ihnen bekannt, daß der damalige Führer der sozialdemokratischen Jugendorganisation der Abgeordnete Ebert war?

Zeuge: Das ist mir nicht bekannt gewesen.

General v. Weisberg schildert dann weiter, daß die Oberste Heeresleitung und das Kriegsministerium von der SPD. wiederholt aufgefordert worden sei, im Interesse der Landesverteidigung Maßnahmen gegen die USP. zu ergreifen. Wenn das aber dann geschehen sei, dann wären die Abgeordneten der Mehrheitssozialdemokraten die ersten gewesen, die deshalb gegen die Behörden öffentlich Angriffe richteten. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Luetgebrune gab der Zeuge weiter an, daß er im September 1917 durch eine amtliche Verfügung auf die Gefahren eines Streiks für die Landesverteidigung öffentlich hingewiesen habe. Anlaß dazu habe der Fall der Beria Thalheimer gegeben, die vom Reichsgericht wegen Landesverrats verurteilt worden sei, weil sie zum Streik aufgefordert habe. Diese Verfügung sei scharf auch dem Abgeordneten Ebert bekannt gewesen. Die Regierung habe sowohl der Öffentlichkeit wie dem Reichstag gegenüber nie einen Zweifel über ihre scharfe Stellungnahme in der Streikfrage gelassen. Ebenso sei dem Heere durch die zahllosen Beschwerden der SPD. gekannt worden, und zwar seien diese Beschwerden, wenn sie im Haushaltsausschuß von den zuständigen Stellen beantwortet worden seien, dennoch im Plenum des Reichstages noch einmal wiederholt worden, und zwar, wie ein Abgeordneter ausdrücklich erklärt habe, im Interesse der Mitglieder der Partei.

Staatsanwalt Dahmann: Ist Ihnen bekannt, ob auch der Abg. Ebert diese Beschwerden im Plenum vorgebracht hat?

Zeuge: Nein.

Hierauf trat eine kurze Pause ein.

Als letzter Zeuge des zweiten Verhandlungstages wurde der Bekannte Fortenbacher vernommen. Dieser Zeuge war von 1900 bis 1918 als Schmied in der Geschloßlehre in Spandau beschäftigt gewesen, und zwar war er seit 1911 Vorsitzender des Bundes Deutscher Militärhandwerker. In dieser Eigenschaft wurde er, wie er bekennt, ebenso wie der ehemalige preussische Handelsminister Stiering als damaliger Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes Spandau während der letzten Kriegsjahre dauernd vom Kriegsministerium aus strengste dahin befehrt, unter allen Umständen den Ausbruch eines Streiks zu verhindern. Der Januarestreik habe in Spandau zunächst wenig Anhänger gefunden. Erst als die Streikleitung offiziell bekanntgegeben worden sei, habe sich die Zahl der Ausständigen plötzlich vergrößert. Wer nicht freiwillig die Arbeit niedergelagt habe, wäre aus den Betrieben herausgeholt worden.

Die Sozialdemokratische Partei sei nicht an der Vorbereitung des Streiks beteiligt gewesen, sie wäre aber auf der anderen Seite auch nicht stark genug gewesen, die Bewegung zu unterstützen.

Dorf: Aus welchem Grunde ist nach Ihrer Ansicht die SPD. in die Streikleitung eingetreten?

Zeuge: Sie ist in die Streikleitung eingetreten, um den Streik zu leiten, also zu führen. Der Eintritt der SPD. und der USPD. in die Streikleitung veranlaßte die Arbeiter, nun geschlossenen die Arbeit einzustellen.

Weiter bekennt Fortenbacher, daß er daraufhin sofort die Behörden informiert habe, auch Stiering habe das gleiche getan. Stiering habe also, was in seiner Macht stand, versucht, um den Ausbruch bzw. später die Ausbehnung des Streiks zu verhindern.

Staatsanwaltschaftsrat Dahmann beantragte darauf, den ehemaligen preussischen Handelsminister Stiering als Zeugen über dieses Beweisthema zu laden.

Fortenbacher bekennt weiter, daß die Streikleitung die Nachricht verbreitet habe, daß diesmal keiner der Streikteilnehmer bestraft wurde.

Dr. Luetgebrune: Sollte damit gemeint sein, daß es nun keine Bestellungsbeehle mehr gäbe?

Zeuge: Ja, nach. Die Arbeiter konnten, in der Treptower Berlammlung sei ihnen erklärt worden, sie brauchen keine Bestellungsbeehle zu fürchten.

Staatsanwaltschaftsrat Dahmann: Haben Sie selbst mit Leuten gesprochen, die im Treptower Park waren?

Zeuge: Ja, mit meinen Vertrauensleuten, die dort waren.

Dahmann: Ist in Treptow gesagt worden, daß keine Bestellungsbeehle mehr ausgegeben werden, oder hat man erklärt, daß Bestellungsbeehle nicht befolgt werden sollten?

Zeuge: Nein, es wurde nur gesagt, man braucht die Bestellungsbeehle nicht mehr zu fürchten.

Auf Wunsch der Verteidigung wurde dieser Zeuge nicht entlassen, sondern soll bei der Vernehmung des früheren Handelsministers Stiering wiederum an Gerichtsstelle erscheinen.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag früh 9 1/2 Uhr vertagt.

# Die Aussagenprotokolle der Tschekisten.

## Koppenhöfer über die Frage der Bevorzugungen.

BS. Leipzig, 11. März 1925.

Mit der Behauptung, als Hysteriker habe Neumann keinen Anspruch darauf, daß man seinen Angaben vollen Glauben schenkt, entlockte Rechtsanwalt Dr. Wolf zu Beginn der heutigen Verhandlung eine lange Auseinandersetzung klinischen Inhaltes. In dieser vertrat der Sachverständige, Gerichtsmedizinalrat Dr. Schüze-Leipzig mit Nachdruck den Standpunkt, daß man kaum jetzt von einem hysterischen Typus sprechen dürfe, daß vielmehr auch bei der Hysterie jeder Fall in seiner individuellen Eigenschaft betrachtet und bewertet werden müsse. Rechtsanwalt Dr. Goldstein warf im Interesse seines Mandanten Neumann die Frage auf, ob es nicht denkbar sei, daß der Angeklagte zwar nach dem Vorlage der Tötung im Jahr des Kaufes von Raufsch Aufstellung genommen habe, dann aber — unsicher und unschlüssig, wie er erwidern mußte — mit einemmal zu dem Entschluß gekommen sei, dem Raufsch einen Denksatzel zu verabreichen. Dr. Schüze erwiderte, diese Frage sei außerordentlich schwer zu beantworten, denn hier handele es sich zum Teil um unentdeckte Größen.

Nach einer kurzen Pause bezeichnete der Vorsitzende, Senatspräsident Nleder, mit Namen diejenigen Zeugen, auf die der Gerichtshof nach seinem am Sonnabend bekanntgegebenen Entschluß verzichten will. Rechtsanwalt Dr. Marschner erklärte im Namen der Verteidigung, daß diese sich ihre Stellung zu dem Verzicht vorbehalten müsse.

Es folgten dann eine Reihe von Fragen der Verteidigung an den Zeugen Kriminaloberinspektor Koppenhöfer. Der Zeuge verbreitete sich über die Zusammenhänge der feinerzeit über König verhängten Schußhaft. Diese Inhaftierung sei auf die intensive Tätigkeit zurückzuführen gewesen, die König, wie der Stuttgarter Polizei schon seit längerer Zeit bekannt gewesen sei, im Interesse der kommunistischen Partei entfaltet habe. Es kommt dann zur Sprache,

wie die Abklärungprotokolle zustande gekommen sind.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß der Zeuge mündlich angegeben habe, daß die einzelnen Leute erst mündlich vernommen und dann die verschiedenen Aussagen zusammengestellt worden sind. Der Zeuge Koppenhöfer befand weiter, daß keiner der Leute Einzelne haben allerdings, wenn die Verhandlung besonders lange dauerte, ein Stück Brot und ein Stück Bier als Beißer bekommen und auch hin und wieder eine Zigarette. An andere Vergünstigungen könne er sich nicht erinnern. Letztere hätten sie seines Wissens nach nicht bekommen. Einige der Befangenen, z. B. Neumann und Reus, hätten auch von Berlin Besuch bekommen. Sonst hätten nur Beamte, die Vernehmungen vorzunehmen hatten, die Befangenen besucht. Für die Beantwortung der Frage, ob die Polizei die Reise der Angehörigen einzelner Befangener bezahlt hätte, insbesondere, ob der Zeuge Koppenhöfer der Frau Boege das Reisegeld, um ihren Mann in Stuttgart zu besuchen, zur Verfügung gestellt habe, bittet Rechtsanwalt Dr. Wolf, den Zeugen Koppenhöfer von seiner amtlichen Schweigepflicht zu entbinden.

Als Boege selbst sich zu der Frage äußern soll, ob man seiner Frau das Reisegeld zur Verfügung gestellt habe, verweigert er zunächst die Aussage, da er sich erst mit seinem Verteidiger darüber besprechen müsse. R. A. Dr. Wolf betont sodann,

daß er in der Stellung des Reisegeldes für Angehörige einzelner Befangener durch die Polizei eine Beeinflussung und eine Belohnung für gewisse Gefangene erblicke.

Der Angekl. Boege erklärt sodann, daß seiner Frau gesprochen worden sei, daß man ihr das Geld zur Verfügung stellen wolle, als die Hausdurchsuchung in der Voegeschen Wohnung stattfand.

Nach der Pause verkündete der Vorsitzende zwei Gerichtsbeschlüsse. Der Antrag, die Verbindung von der Amtsvorsitzenden für den Zeugen Koppenhöfer im Falle der Befreiung des Reisegeldes für die Frau Boege einzuholen, wird abgelehnt.

Dr. Löwenthal diktierte folgende Erklärung: „Ich muß im Zusammenhang den Vorgang (gemeint ist der erwähnte Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden) schildern. Als Dr. Wolf den Zeugen Koppenhöfer fragte, ob die Ehefrau Boeges nicht Geld von ihm erhalten hätte, um nach Hause zu fahren, fragte ich als Vertreter des Rechtsanwaltes Schindler, des Verteidigers von Boege, Koppenhöfer, in welcher Weise dieser Vorgang sich abspielte. Als mir Koppenhöfer vorstellte, daß das schriftlich festgelegt sei und als einer der Herren Beisitzer erklärte, das wäre alles schon festgelegt, tat ich einige Schritte zum Richterlich und da erst hielt mir der Herr Präsident vor, daß ich nicht dazwischen zu reden hätte, und daß ich mich hinsetzen sollte. Dabei erlaubte ich mir die Bemerkung, ich sei nicht in der Schute. Als mir das Wort entzogen wurde, wollte ich einen Antrag stellen. Das Wort dazu wurde mir nicht erteilt und ich beantragte darauf, diesen Vorgang zu protokollieren. Auch das wurde abgelehnt. Ich bitte jetzt, diesen

ganzen Vorgang zu protokollieren. Als das Wort mir nicht erteilt wurde, wurde mir von einem der Herren Beisitzer entgegengerufen: „Ungehört.“ Ich bitte auch dieses zu protokollieren.“

Nach einer kurzen Pause verkündete der Vorsitzende, daß das Gericht den Antrag von R. A. Dr. Löwenthal auf Protokollierung ablehne.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung versicherte Kriminaloberinspektor Koppenhöfer auf eine Frage von R. A. Dr. Wolf auf das Bestimmteste, daß es ausgeschlossen sei, daß Diener jemals mit der politischen Polizei in Verbindung gestanden habe und daß er an allen maßgebenden Stellen diese Auskunft erhalten habe.

R. A. Dr. Wolf: Hat der Angekl. Diener nach seiner Verhaftung mit Herrn Koppenhöfer oder mit anderen Mitgliedern der Stuttgarter Polizei in Straßangelegenheiten? Inwieweit, als er in der Ermittlung von Personen oder Sachen behilflich gewesen ist?

Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage.

R. A. Dr. Wolf: Ich stelle dieselbe Frage in bezug auf den Angeklagten König.

Zeuge Koppenhöfer: Ich verweise darauf, daß König sowohl als auch Diener eine Reihe von Angaben, die sich auf die kommunistische Partei beziehen, zu Protokoll des Untersuchungsrichters gegeben haben. Im übrigen halte ich das alles für unerheblich in bezug auf diese Strafsache und verweigere meine Aussage.

R. A. Dr. Wolf: Haben Sie Voege verprochen, daß er später bei der Polizei angestellt werden würde?

Zeuge:

Nicht ich habe davon gesprochen, sondern Voege ist zu mir gekommen und hat mich gefragt, ob er nicht bei der Polizei angestellt werden könnte, es sei doch unmöglich, daß er nach seinen Aussagen wieder in die Partei hineinkommen würde.

Da habe ich geantwortet: „Das wollen wir ruhig der Zukunft überlassen.“ Auf die Frage von R. A. Dr. Wolf, ob Voege nicht mit seiner Frau Kundenlang nur in Gegenwart der Stenotypistin Koppenhöfers gesprochen habe, erwidert der Zeuge, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Hierzu meldet sich der Angekl. Boege und stellt fest, daß er während der Abwesenheit Koppenhöfers von Stuttgart tatsächlich viel mit seiner Frau nur in Gegenwart der Stenotypistin sich unterhalten habe.

Auf Befragen von R. A. Dr. Löwenthal bekräftigt der Kriminaloberinspektor Koppenhöfer, daß er die Angaben des Angeklagten Reus für durchaus glaubhaft halte. R. A. Dr. Löwenthal bekräftigt ferner, daß Reus behauptet hätte, daß ihm einmal vor der Vernehmung Weißbrod und Bury im Namen Koppenhöfers gegeben worden sei. Der Zeuge gibt hierzu an, daß er selbst den Auftrag dazu bestimmt nicht erteilt habe.

Auf die von Rechtsanwalt Neumann beanstandete Frage Dr. Löwenthals, ob es den Verhafteten untersagt gewesen sei, sich durch Briefe Verteidiger zu verschaffen, verlangt R. A. Dr. Löwenthal einen Gerichtsbeschluss. Dieser ergeht dahin, daß die Frage, wie sie R. A. Dr. Löwenthal gestellt hat und wie sie vom Rechtsanwalt beanstandet worden ist, in anderer Form gestellt werden soll.

Es entspinnt sich hierauf eine längere Erörterung über die Frage, ob dem Angeklagten Szon verboten worden sei, drei Wochen nach seiner Verhaftung an einen Anwalt zu schreiben, der seine Vertretung übernehmen sollte. Der Zeuge widerspricht diesen Angaben sehr energisch. Es wäre nur in den ersten Tagen möglich gewesen, daß man Szon die Erlaubnis dazu verweigert hätte, um so mehr, als Szon ja erst einen falschen Namen angegeben habe. Vielleicht hätte Szon dann später verurteilt, nach einmal darum zu bitten.

Auf Befragen von R. A. Dr. Löwenthal erklärte der Zeuge noch einmal, daß es nicht richtig sei, daß er, Boege, gesagt habe, die Partei würde ihm wohl keinen Verteidiger stellen. Dagegen habe er ihm in der Tat gesagt, wenn er auspacken wolle, dann solle er es ruhig tun.

Im Anschluß an einen äußerst erregten Disput zwischen Dr. Löwenthal und dem Zeugen Koppenhöfer nimmt R. A. Dr. Wolf von seinem Kollegen den Boden auf und führt aus der gestrigen Sitzung eine angebliche Äußerung Koppenhöfers an, mit der dieser bei mißlicher Auffassung

sich eines fahrlässigen Falsheldes schuldig gemacht

habe. (Nach Angabe des R. A. Dr. Wolf hat Koppenhöfer ausgesagt, er habe dem schwer verurteilten Raufsch Lichtbilder der in Stuttgart festgenommenen mit Einschluß Dieners vorgelegt, obwohl er zu dem betreffenden Zeitpunkt eine Photographie Dieners unmöglich in Händen gehabt haben könne.)

Der Zeuge bestritt diese Angabe, worauf R. A. Dr. Wolf nach erregter Debatte beantragt, diese Äußerung zu protokollieren.

Gegen 10 Uhr vertagte der Vorsitzende die Verhandlung auf Freitag früh 9 Uhr. Der heutige Donnerstag soll verhandlungsfrei bleiben.

zu tun; wenn Sie mich so unterbrechen, könnte es passieren, daß ich den Zusammenhang verliere. (Heiterkeit.) Der Justizminister führt weiter aus, der Beurteilte habe die Urkunden um des Geldes willen an Belgier weiter verkauft und auch Dokumente einem separatistischen Blatt gegeben. Er, der Justizminister verurteile es, wenn festgenommene drei Wochen festgehalten oder durch folterartige Maßnahmen zu einem Geständnis gebracht worden sind. Der Minister nimmt den Staatsgerichtshof in Schutz, der zwar nach politischen Gesichtspunkten zusammengeleitet sei, aber seine Urteilsprüche nach bestem Wissen fälle. Der Minister bespricht dann die Hin- und Herweisung eines Verteidigers durch den Vorsitzenden im Tscheka-Prozess. Dieser Fall stehe wohl vereinzelt da. Der Vorsitzende habe die Pflicht, die Ordnung aufrecht zu erhalten und das Recht, wenn sich Hemmungen einstellen, auch zu scharfen Mitteln zu greifen und zur Ausweisung zu schreiben. (Hört, hört! links.) Der Vorsitzende habe dieses Recht nicht bloß gegenüber dem Verteidiger, sondern gegen jeden, der ihn daran hindere, die Verhandlungen zu leiten und zu Ende zu führen. (Warm links.)

Die Bestrebungen zur Erleichterung der Ehescheidungen können nicht gefördert werden. (Hört, hört! links.)

Der Minister erklärt sich im übrigen bereit, alle vorgebrachten Wünsche zu prüfen.

Abg. Dr. Korsch (Komm.) greift hauptsächlich die Sozialdemokratie an.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Angenommen wird noch ein Antrag, in dem die Länder aufgefordert werden, anfänglich der bevorstehenden Präsidentenwahl die Wahlfreiheit zu schützen.

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag 2 Uhr: Gesehntwurf über die Volkszählung, Antrag der Demokraten, Sozialdemokraten und des Zentrums über das Wahlverfahren bei der Präsidentenwahl, Justizetat.

Schluß 17 Uhr.

## Nationaluntenkrach im Landtag.

### Ein Völkischer beleidigt die Republik. — v. Aries tadelt die Empörung der Republikaner.

Vor dem Beginn der Plenarsitzung hielt der Vizepräsident des Landtags gefeiert eine Botschaft über den weiteren Arbeitsplan ab. Landtagspräsident Bartels gab Kenntnis von einer Mitteilung der Regierung, daß sie morgen nicht in der Lage sei, eine Regierungserklärung abzugeben, vielleicht aber in der nächsten Woche. Besonders von deutschnationaler Seite wurde dies als Verschleppung bezeichnet. Nach ziemlich lebhafter Auseinandersetzung wurde beschlossen, daß am Donnerstag noch eine Plenarsitzung stattfinden soll, in der insbesondere die Entwürfe über die Wahlzeit der Provinziallandtage und Kreistage, über die vorläufige Steuer vom Grundvermögen sowie über den Urontrag der Kommunisten über die Geschäftsführung des Präsidenten verhandelt werden sollen. Freitag bis Dienstag soll plenarisierte freibleiben. Für Mittwoch der kommenden Woche ist die Entgegennahme der Regierungserklärung in Aussicht genommen. Für den Fall, daß es nicht dazu kommt, soll die Neuwahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten Bartels nach 12 1/2 Uhr eröffnet. Das Haus legt die gemeinsame Beratung der Urträge und großen Anträge betreffend das Grubenunglück auf Probe „Riniker Stein“ fest.

Abg. Schmitt-Oberhausen (Wg.) bezeichnet die Mitwirkung der Bergarbeiter bzw. der Bergarbeiterorganisationen bei der Auswahl und Eignung der Einjähriger und vollends die direkte Auswahl der Grubenkontrolleure durch die Verbände als eine Sozialisierung des Bergbaus.

Als Abg. Kaiser-Anskom (Kasoz.) den Kommunisten und Sozialdemokraten das Recht abspriht, die Interessen der Arbeiter Deutschlands zu vertreten, setzen bei den Sozialdemokraten und Kommunisten empörte Proteste ein. Er macht dann weitere Bemerkungen über das Begräbnis des Reichspräsidenten, das nach seiner Behauptung 3 Millionen Mark gekostet haben soll. Die Sozialdemokraten unterbrechen mit Entrüstungsrufen. Da es dem Vizepräsidenten nicht gelingt, die Ruhe herzustellen, wird

die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrochen.

In der 1 1/2 Uhr 55 Minuten beginnenden neuen Sitzung bittet Vizepräsident Dr. v. Aries, die Verhandlungen nicht durch neue Vorkommnisse zu unterbrechen. (1)

Abg. Kaiser (Kasoz.) wird bei Beginn seiner Ausführungen wiederum von Schluß- und Ruf-Rufen der Sozialdemokraten unterbrochen. Er wiederholt, daß für die Opfer der Katastrophe im Ruhrgebiet und ihre Hinterbliebenen nichts Ausreichendes geschehe. Damit könne man die Ausgaben für Eberts Begräbnis nicht in Einklang bringen. Bei Beendigung seiner Ausführungen erhoben sich bei den Sozialdemokraten erneute Protestrufe.

Abg. Dr. v. Waldhausen (Dnat.) erklärt es für unzulässig, die niedrigen Löhne für Unfälle verantwortlich zu machen.

Abg. Dr. Pinkernell (D. Sp.) bezeichnet die Befestigung des Prämienwesens als einen auch für die Bergarbeiter verhängnisvollen Schritt.

Ein Vertreter des Handelsministeriums verbreitet sich über die Unfallstatistik und die Methode ihrer Aufstellung. Aus der Statistik der Todesfälle ergibt sich unabweislich eine prozentuale Abnahme der Tötungen seit 1920.

Ein Vertreter der Bergverwaltung gibt eine Uebersicht über die ergangenen und beabsichtigten behördlichen Sicherheitsmaßnahmen.

Abg. Sobotta (Komm.): Daß gerade Dr. Pinkernell für das Prämienwesen eintritt, ist charakteristisch. Wir fordern, daß den ansehnlichen Beamten solche Bezüge werden, daß sie mit ihren Familien davon leben können und diese Schmarozerei nicht nötig haben.

Abg. Wieggershaus (Kasoz.): Die Arbeiterfreundlichkeit der Regierung sieht in der Praxis anders aus als in der Theorie; das beweist die Behandlung, die mein Freund Kaiser hier vorhin erfahren hat. Wir werden unseren Freunden draußen von dieser Heldentat Kenntnis geben.

Abg. Harß (S.) Die Behandlung der Arbeiter läßt in der Tat zu wünschen übrig. So ist ein Mann, der früher Betriebsrat war, wegen eines kleinen Verstoßes gegen die Arbeitsordnung strafflos entlassen worden.

Noch im Sommer 1924 hat ein Bergmann, dem eine Dauerrente von der Berufsgenossenschaft zuerkannt worden war, eine Entschädigung für drei Monate in Höhe eines einzigen Rentenpennings durch die Postanstalt ausgezahlt erhalten.

Abg. Otter (Soz.) bestritt, daß die Fraktionen der Rechten wirklich etwas Durchgreifendes für die Bergarbeiter tun wollten. Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. v. Waldhausen (Dnat.) werden sämtliche Anträge und Urträge zu den Grubenunfällen dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Das Haus genehmigte zum Schluß die Verordnung zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz.

Bei Feststellung der nächsten Tagesordnung fordert Abg. Pief (Komm.), daß am Donnerstag der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtags als erster Punkt verhandelt werde. Man treibe Verschleppungspolitik.

Der Antrag wird abgelehnt; für ihn stimmen auch die deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Wirtschaftspartei.

Donnerstag 12 Uhr: Entwurf über die Hinusschiebung der Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen. Novelle zur Grundvermögenssteuer. Kommunistischer Urontrag über die Geschäftsführung des Präsidenten.

Schluß 5 Uhr 10 Minuten.

## Die Aufwertungsdemagogen in der Klemme.

### Der Reichstag für Beratung des Völkischen Entwurfs. — Fortsetzung der Justizdebatte.

In der gestrigen Reichstagsitzung beantragte Abg. Keil (Soz.) als ersten Punkt den Initiationsgesetzentwurf Dr. Best und Genossen betr. die Aufwertung auf die Tagesordnung zu setzen und sodann diesen Entwurf debattelos an den Ausschuss zu verweisen.

Nachdem es endlich Herrn Best gelungen sei, von den 109 Mitgliedern seiner (der deutschnationalen) Fraktion 16 zur Unterzeichnung seines Gesehntwurfs zu gewinnen, sei man es ihm schuldig, sofort in die Ausschussberatung einzutreten.

Die Ueberweisung an den Ausschuss bedeute natürlich für niemand eine Festlegung in der Sache.

Das Haus beschließt gemäß dem Vorschlag Keil. Auf der Tagesordnung steht dann der Antrag Koch-Weiser (Dem.), Dittmann (Soz.), v. Guericke (Ztr.) über die Vorbereitungen zur Wahl des Reichspräsidenten. U. a. wird ein amtlicher Stimmzettel gefordert.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) beantragt Ueberweisung des Antrags an den Rechtsausschuss.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) spricht bei großer Unruhe der Mittelparteien gegen den Antrag.

Präsident Eöde bemerkt, daß eine Verfassungsänderung, die einer qualifizierten Mehrheit bedürfe, nicht vorliege.

Abg. Dittmann (Soz.) führt aus, daß die Antragsteller gerade auf alle Parteien Rücksicht genommen haben, die bei den letzten Wahlen mehr als 500 000 Stimmen erhalten haben; darunter fielen auch die Deutschösterreichischen.

Damit schließt die erste Beratung. Nach der Annahme des Gesehntwurfs in zweiter Beratung wird dieser aus geschäftsprüfungsmäßigen Gründen an den Rechtsausschuss überwiesen, der am Donnerstag vormittag ihn erledigen soll.

### Der Justizhaushalt.

Darauf wird die gestern abgebrochene Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums fortgesetzt.

Abg. Schulz-Breslau (Ztr.) legt gegen die einseitigen Ausführungen des Berichterstatters scharfste Verwahrung ein. Der Abg. Dr. Korsch habe am allerwenigsten die Legitimation zu seiner Kritik an dem gesamten deutschen Richterstand. Erfreulich sei, daß der Strafgesetzentwurf gemeinsam mit Deutschösterreich

geschaffen worden ist. Das Gesetz zum Schutze der Republik betrachte das Zentrum als ein aus der Not geschaffenes Ausnahmegesetz. Wenn die Zeit gekommen sei, werde es der Aufhebung des Staatsgerichtshofes nahekommen. Der Redner bedauert, daß in mehreren politischen Prozessen der letzten Zeit der Eindruck entstehen konnte, als ließen sich die Richter von einseitigen Gesichtspunkten leiten. Der Redner wendet sich gegen jede Erleichterung der Ehescheidung und der Abtreibung. Im letzten Jahre seien etwa eine halbe Million Abtreibungen in Deutschland erfolgt. Wenn das so weitergehe, werden alle deutschen Zukunftshoffnungen zunichte werden.

Abg. Dr. Kohl (D. Sp.) erklärt, es müsse alles getan werden, um die erschütterte Autorität des Rechts im deutschen Volke wieder herzustellen. Das kann nicht durch Gesehntreform, sondern muß durch eine Gesinnungsreform geschehen. Die Achtung vor dem deutschen Richteramt müsse wieder hergestellt werden. In der Ehescheidung sei größte Zurückhaltung notwendig. In der Ehescheidungsfrage müsse der klaffende Riß zwischen Recht und Leben beseitigt werden. Eine gemäßigtere Reform sei notwendig.

### Reichsjustizminister Dr. Frenken

wendet sich gegen Teilreformen auf dem Gebiete des Strafrechts. Die neuen Einrichtungen müßten sich erst einleben, um Erfahrungen für eine große Reform sammeln zu können. Der Minister bespricht einzelne Beschwerden und sagt Nachprüfung zu. Auf einen vom Abg. Levi erwähnten Fall einer Verteilung wegen Landesperrat kann ich im einzelnen noch nicht eingehen, weil der Fall noch in der Gnadeninstanz schwebt. Der Beurteilte war zu sechs Jahren verurteilt worden. Wenn man aus dem Zusammenhang der Begründung Sätze herausreißt, war diese vielleicht nicht ganz glücklich, aber wer das Urteil im Zusammenhang liest, erkennt, daß das Urteil des Reichsgerichts rechtlich wohl beanstandet war. Es war tatsächlich eine Urkunde preisgegeben, deren Geheimhaltung im Interesse des Landes geboten war. Bei der Beurteilung des Strafmahes spielt auch die Befreiung der Straftat eine Rolle.

Der Beurteilte hatte in einer Reihe von Fällen aus dem Reichsarchiv in Potsdam Urkunden gestohlen. (Auf bei den Komm.: Wie Leipzig!)

Ich kann auf diesen Zwischenruf nicht eingehen, bin aber bereit, bei anderer Gelegenheit dies

## Heimwanderer.

Von Jens Lorenzen.

Die Jahrgänge erster und zweiter Klasse des großen Amerikafahrers waren schon ausgeboten, ich kam in Ruzhaven an Bord und fuhr mit den Zwischendeckern die Elbe hinauf.

Schiffbrüchige von drüben! Die andern, denen das Leben gelang, fuhr die letzte Strecke auf rollenden Schienen.

Die Rückwanderer haken schweigend auf Kisten und Kisten, und blicken mit großen festhaken Augen über das schmale grüne Land, das auf beiden Seiten nächst liegt.

Ein Alter mit buschigem grauen Haar, ein Landwirt glaube ich, steht neben mir, hält mit beiden Händen die Reeling fest und starrt vor sich in die kesse wippenden grauen Wellen, als dürfe er das Ufer nicht sehen. Mitunter atmet er schwer, es klingt wie ein Stöhnen, aber seine Züge sind zufrieden, dabei entlagend und doch voll von einer aufsteigenden Hoffnung. Ich sehe ihm verträubelt ins Gesicht. Das trägt die harte Schrift einer wunderlichen Trübsal, einer Zeit voll Kämpfe und Entbehrungen. Aber jetzt liegt Friede darüber, eine glückvolle Ruhe und aus den verwitterten Brauen sieht mich ein großes leuchtendes Auge an.

Er wendet sich plötzlich zu mir. „Hob' noch einen Bruder, Herr, der schrieb, ich sollt' wiederkommen. Kommt uns nicht vertragen, damals vor 30 Jahren, aber das wird nun wohl anders!“ Er sieht mich wartend an, als müßte ich ihm zunicke, dann blickt er zum erstenmal groß und personnen über den Strom, folgt dem dunkelnden Dösch und nicht dem Kirchturm zu, der nebelgrau dahinter aufragt.

Die Dämmerung sinkt, das Wasser spiegelt tausend bunte gläserne Farben wider; die Wölkchen schießen tiefer über den Strom, dicht über die Wellen hinweg, als spielten sie und wollten sich lassen lassen. Eine verhärmtete Frau steht auf und tritt dicht neben uns. Sie hat ein Kind im Arm, wiegt es und singt dazu:

„Gen lüttje Deern bin id, — Gien Barn spinn id, —“

Der Alte stößt mich leise an. „Die kommt auch mit dem Letzten zurück.“

Sie muß es gehört haben, schüchzt leise vor sich hin und wiegt doch weiter und singt dazu, bis der andere tröstend zu ihr hingeht und sie an der Hand faßt wie ein alter Bekannter: „Wird ja nun alles gut, mein Doern, nun sind wir ja wieder zu Haus!“

Ein paar jüngere Leute, die drüben vergeblich Arbeit suchten, starren trotzig vor sich hin, als wollten sie zeigen, wie ungern sie wiederkommen. Nur mitunter fliegen ihre Blicke ungeduldig und sehnsüchtig nach vorn, ob nicht hinter den Hügeln der erste Turm der Hanse auftaucht.

Der Dösch ist voll von dunkelbraunem Rauch. Wenn der Wind schweigt, kommt ein leises Brausen, wiegt sich heron wie ferne Glocken und verhallt doch, ehe die Ohren den Ton fangen. Die jungen Burken horchen in die Dämmerung hinaus, als spräche jemand zu ihnen.

„Zwei Tage fuhr ich, dann bin ich daheim!“ sagt ein Döschreicher. Ein Hamburger brummt etwas und schiebt die Mühe in den Nacken. „Ei ja, dann bin ich daheim!“ Der Wiener springt auf und läuft erregt hin und her. „Da, ja, ja!“ Der andere haunt ihm eine Welle nach und faßt die Pfeife von rechts und links. Seine Züge sind zerissen, so jung sie sind.

Da drängen sich Zwischendecker nach vorn, schreien und winken. Das Ziel kommt näher.

Der Hamburger warlet noch, holt umständlich ein Feuerzeug aus der Tasche und steckt sich die Pfeife an. Dann sieht er ein poormal vorsichtig um sich, steht langsam auf und schlendert nach vorn. Und plötzlich hat er den Döschreicher am Arm gepackt, daß der aufschreit, und mit tiefer Stimme drängt es sich langsam aus ihm auf:

„Mensch, Mensch, — nu is so wiet, nu famt wi wedder na Haus!“

Der lacht ihm ins Gesicht wie ein Kind, all die mutwilligen Falten und Ecken in seinem Gesicht fallen auf einmal. Dann sieht er den andern erstaunt von unten an: „Na, Kerl, du heußt doch nicht gar, wo du heimkommst?“

„Dammes Zeug!“ sagt der Hamburger, fährt mit der Hand über die Augen und starrt mit verwunderten Blicken nach vorn.

Vorn hoch über dem dunkeln Rauch der Stadt glimmen und leuchten die Türme der Hanse, grün und golden im Abend.

## Die Geschlechtsbestimmung beim Menschen

Von Dr. A. Barlaeuan, Hohen-Neuendorf.

Anfang dieses Jahrhunderts hat ein Schüler von Reichmann im Pasteur-Institut in die Blutbahnen der Meeresschnecken Kaninchenblut eingespritzt. Nach 2 bis 3 solchen Einspritzungen gewannen die Blutgefäße (Serum) der Meeresschnecken neue Eigenschaften, nämlich die Fähigkeit, die roten Blutkörperchen des Kaninchens aufzulösen. Das Serum wirkte ganz spezifisch, da es nur die roten Blutkörperchen von Kaninchen auflöste, diejenigen von einem anderen Tiere aber nicht. Wenn einem Meeresschnecken Pferde- oder Hundeblood eingespritzt wurde, so erhielt das Serum die Eigenschaft, nur die roten Blutkörperchen vom Pferde bzw. vom Hunde aufzulösen. Damit war bewiesen, daß durch Einführung eines Fremdkörpers in den Organismus spezifische Abwehrstoffe oder Antikörper gebildet werden, welche ermöglchen, die Träger dieser Fremdkörper auf einem biologischen Wege zu unterscheiden.

Der berühmte Königsberger Botaniker, Prof. Carl Weg, hat diese Grundtatsache zu einer besonderen serologischen Untersuchungsmethode ausgearbeitet, mit deren Hilfe er die verwandtschaftlichen Verhältnisse im Pflanzenreich ermittelt hat. Injiziert man einem Kaninchen oder Meeresschnecken Weizenextrakt ein, so empfinden die Versuchstiere den Impfstoff in ihren Blutbahnen als Fremdkörper; sie reagieren auf ihn, indem sie in ihrem Blutserum Stoffe, im vorliegenden Falle spezifische Weizenantikörper bilden, die bei Vermischung mit Weizenextrakt, das zum Impfen benutzt worden war, einen Niederschlag geben. Dieser Niederschlag trennt sich nicht ab, wenn das Serum etwa mit Roggen- oder Getreideextrakt vermischt wurde.

Auf diesem Wege ist es Prof. Weg gelungen, die Pflanzenarten durch eine chemische Methode zu bestimmen und die rein empirisch gebaute Pflanzenstammbaum einer experimentell-chemischen Prüfung zu unterziehen, genau zwischen verwandtschaftlicher und bloßer äußerlicher Ähnlichkeit zu unterscheiden und einen neuen, auf Experimente gegründeten Stammbaum des Pflanzenreichs aufzustellen.

Im gleichen Sinne ist auch die Abderhaldensche Schwangerschaftsreaktion zu bewerten, die sich auch auf jene Grundtatsache zurückführen läßt, von der die Rede oben war. Das Ei, das durch einen Samentaden befruchtet war, wird im weiblichen Körper als Fremdkörper empfunden, infolgedessen werden im Organismus Abwehrstoffe (Antikörper) gebildet. Die Feststellung derselben ist eine Frage der chemischen Technik. Die Ausarbeitung dieser Technik, die unter Schwangerschaftsreaktion bekannt ist, und die Schwangerschaft im Frühstadium feststellen läßt, ist ein unvergängliches Verdienst von Prof. Abderhalden.

## Der deutschnationale Bär und der preussische Honigtopf.



Sieh da, welch angenehmer Fund!  
Das Wasser läuft mir schon im Mund.



Das soll ein Schrecken werden, hei!  
Doch stört mich das Gewicht dabei.



So — weg damit! Nun steckt den Kopf  
Man voll Behagen in den Topf.



Au, au! Die Neese geht in Splitter!  
Der Honig schmeckt doch etwas bitter! O.K.

Die Entdeckung von Prof. H. Sellheim und seiner Mitarbeiter, das Geschlecht des Kindes bereits im Mutterleibe zu erkennen, worüber hier bereits berichtet wurde, ist nur eine Verfeinerung der Abderhaldenschen Technik: das durch Samentaden befruchtete Ei wird, wie gesagt, vom weiblichen Körper als ein Fremdkörper empfunden. Nun aber kann dieser Fremdkörper eine weibliche oder männliche Frucht sein: ist ein Mädchen im Werden, so werden in den Blutbahnen der Mutter bestimmte Stoffe gebildet: ist es dagegen ein Knabe, so wird der mütterliche Organismus auf diesen Fremdkörper ganz anders reagieren, infolgedessen werden die gebildeten Abwehrstoffe von ganz anderer chemischer Zusammensetzung sein. Für diesen Unterschied wird die männliche Keimdrüse verantwortlich gemacht, die von dem Frauenorganismus als etwas Unangenehmes empfunden wird. Die im Mutterblut gebildeten Stoffe werden im Reagenzglas durch den Abbau von männlicher Keimdrüsensubstanz kenntlich gemacht. Fällt die Reaktion positiv aus, ist ein Knabe im Werden, wenn negativ ein Mädchen.

Diese Entdeckung, die rein wissenschaftlich von größter Bedeutung ist, wird so aufgefaßt, daß die uralte Frage einer jeden werdenden Mutter „Knabe oder Mädchen“ endgültig gelöst ist. Eine solche Aufklärung ist grundsätzlich falsch: durch Sellheims Methode kann nur festgestellt werden, was schon vorhanden ist, allerdings bereits sieben Monate vor der Geburt; sie ermöglcht aber nicht, das Geschlecht nach unserem Wunsch gestalten zu lassen: wird z. B. ein neues Wesen vom männlichen bzw. vom weiblichen Geschlecht erwünscht, so sind wir, wie früher, nicht imstande, dasselbe nach unserem Wunsch zu erhalten. Nur das ist bevölkerungspolitisch und wirtschaftlich in Anwendung auf die Tierzucht von Bedeutung, was öfters von großem Werte ist: nur Weibchen oder nur Männchen zu erhalten. Die Lösung der Frage in einer solchen Richtung liegt auf einem ganz anderen Gebiet, das hier in einigen Umrissen angedeutet werden kann.

Das Geschlecht wird für jedes einzelne Individuum — Pflanze, Tier und Mensch — im Augenblick der Befruchtung bestimmt. Es wird dafür ein Mechanismus verantwortlich gemacht, der in folgender Weise wirkt. In den Keimzellen eines jeden Individuums ist ein Paar von Anlagen vorhanden: eine männchenbestimmende und eine weibchenbestimmende, von denen die eine die Ausbildung der männlichen, die andere der weiblichen Eigenschaften ermöglcht. Kommen zwei Keimzellen mit Weibchenbestimmern bei der Befruchtung zusammen, entsteht ein Weibchen. Bereinigen sich eine männchenbestimmende und eine weibchenbestimmende Keimzelle, entsteht ein Männchen, da das erstere dominiert. Die Bereinigung erfolgt durch Zufall, beide Möglichkeiten sind gleich oft vorhanden, so daß Männchen und Weibchen in gleicher Zahl gebildet werden.

Beim Menschen sind alle Eizellen geschlechtlich gleich veranlagt, die Samentaden dagegen nicht: eine Hälfte überträgt die Veranlagung für männliche, die andere die Veranlagung für weibliche. Wird das Ei von einem Samentaden befruchtet, der der Träger der männlichen Veranlagung ist, so kommt ein Knabe zustande (das

männliche dominiert über das weibliche); wird dagegen das Ei durch einen Samentaden befruchtet, der die weibliche Veranlagung in sich birgt, so ist ein Mädchen im Werden. Die Annahme, daß das Geschlecht immer homozygotisch (gleichanlagig), das andere dagegen heterozygotisch (verschiedenanlagig) ist, erklärt ohne weiteres die Tatsache, daß bei jeder Fortpflanzung ungefähr zu gleichen Teilen Knaben und Mädchen entstehen. Will man das Geschlechtsverhältnis willkürlich verändern, d. h. das Geschlecht eines zu zeugenden Kindes beeinflussen, so muß man Mittel und Wege finden, um nach Belieben entweder die Samentaden mit männlicher Veranlagung zu unterdrücken, wenn ein Mädchen erwünscht ist, oder diejenigen mit weiblicher Veranlagung, wenn auf einen Knaben mehr Wert gelegt wird. Beim Menschen läßt sich nur auf diese Art eine Möglichkeit finden, um das Geschlechtsverhältnis zu verschieben. Daß das im Bereiche der Möglichkeit liegt, ist einwandfrei erwiesen: es ist bereits festgestellt, daß bei Säugtieren z. B. die beiderlei Samentaden ungleich widerstandsfähig gegen Gifte sind.

Nur nach Entdeckung eines solchen Giftes oder eines anderen Stoffes wird es dem Menschen möglich, das Geschlecht seiner Nachkommenschaft oder seiner Tiere nach seinem Wunsch oder wirtschaftlichen Werte zu erzeugen. Die Methode ist bereits angegeben, der Erfolg wird nicht lange auf sich warten lassen. Das wird aber ein anderer Erfolg sein, als derjenige von Sellheim und seiner Mitarbeiter, die nur das Geschlecht feststellten, aber nicht imstande sind, das Geschlecht zu ändern oder wunschgemäß zu erzeugen.

Was ist eine Kilowattstunde? Da die Hausfrau, die ihre „elektrische Monatsrechnung“ prüft, sich eine Vorstellung davon macht, was denn eigentlich die dort angeführte „Kilowattstunde“ für eine Größe sei? Eine Kilowattstunde, abgekürzt kWh, ist die Einheit der Arbeitsleistung in der Elektrizität. Die kWh ist ungefähr gleichwertig mit dem wirtschaftlichen Wert eines Kilogramms guter Kohle. Stellen wir uns eine mit Kohle geheizte Dampfmaschine vor, die ihrerseits eine Dynamomachine treibt, aus welcher der elektrische Strom bezogen wird. Dann kann man für jedes Kilo Kohle, das man der Dampfmaschine zuführt, ungefähr eine elektrische kWh erwarten. Ein Kilogramm Kohle kostet in bester Qualität 4 Pf. Rechnet man für den Betrieb und die Abschreibung der Maschinen usw. 20 Pf. hinzu, so ergibt sich ein Gewinn von 1 Pf. pro kWh hinzu, so sollte die kWh etwa 2 Pf. kosten. Leider ist sie viel teurer, nur einige Orte Bayerns sind in der glücklichen Lage, zu gewissen Tageszeiten billige Elektrizität bekommen zu können. Die meisten Kilowattstundenpreise liegen höher. Die „banerische Elektrizität“ ist allerdings aus Wasserkraft gewonnen. Die Anlagen dafür sind ebenfalls ziemlich teuer; immerhin ist der Herstellungspreis vor dem Weltkrieg pro Kilowattstunde nicht höher als auf 2 bis 6 Pf. gekommen. Heute kann man mit 4 bis 10 Pf. (Selbstkosten) rechnen, je nachdem, wie umständlich die Anlage der Wasserkraftwerke ist.

